

12

85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 1. April 1985

Bilanz des 33. Bundesparteitages

Wir wollen eine neue Partnerschaft von Mann und Frau

Mit dem 33. Bundesparteitag der CDU in Essen ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau ein gutes Stück vorangekommen. Die in Essen verabschiedeten Leitsätze sind Meilenstein und Signal zugleich: für den gemeinsamen Weg zu einem neuen Verständnis von Partnerschaft zwischen Mann und Frau — einer Partnerschaft, in der sich Mann und Frau gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Familie gleichberechtigt vereinbaren.

Bis zum Ende dieses Jahrhunderts, also in 15 Jahren, will die große Volkspartei CDU erreichen, daß die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag erreicht ist. Die immer noch bestehende Benachteiligung vieler Frauen im Lebensalltag widerspricht dem Auftrag des Grundgesetzes und ist mit den Prinzipien christlich-demokratischer Politik nicht vereinbar.

Die CDU will die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Männern und Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Eine wichtige Voraussetzung ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und der Arbeit in der Familie.

Die nach einer breiten Diskussion und unter Anhörung aller Standpunkte verabschiedeten Leitsätze enthalten konkrete Forderungen an die Bundesregierung und die Landesregierungen, an Unternehmer und Gewerkschaften, an Verbände und Parteien, also auch an die CDU selbst.

Die Partei muß sich selber in die Pflicht nehmen

Heiner Geißler erklärte am Ende des Forums: Vom Grundsätzlichen und vom Praktischen her ist das Notwendige gesagt worden. Gestern und vorgestern und im Verlauf des Parteitags habe ich, als wir den Frauentag als zweiten Tag des Bundesparteitags vorgeschlagen haben, immer wieder gehört: Du wirst sehen, an dem zweiten Tag werden in den Foren und vor allem im Plenarforum die Frauen, im wesentlichen die Gäste, unter sich sein. Die männlichen Delegierten werden sonst was tun, die werden ein Bier trinken und die wird man auf jeden Fall im Saal nicht sehen. Ich habe dem widersprochen. Und ich glaube, ich habe recht gehabt.

Ich bedanke mich bei den Frauen, die als Gäste zu uns gekommen sind. Es gab heute nachmittag ungefähr 70 Wortmeldungen und Beiträge. Heute vormittag in den Foren waren es wohl mindestens genauso viele. Sie dürfen davon ausgehen, daß wir zugehört haben und daß wir das, was Sie gesagt haben, ernst nehmen, auch wenn wir nicht alles übernehmen können. Vor allem bitte ich um Verständnis dafür, daß wir nicht alles von heute auf morgen realisieren können.

Ich möchte wiederholen, was ich heute vormittag gesagt habe: Diese Parteitage der Christlich Demokratischen Union haben dennoch eine große politische Bedeutung, denn wir legen großen Wert darauf — das hat die bisherige Praxis bewiesen —, daß das, was hier diskutiert und entschieden wird, in die praktische politische Arbeit, in Regierung und Parlament Eingang findet.

Wir haben gesagt: Wir wollen die Gleichberechtigung der Frauen im Alltag bis zum Jahr 2000 realisieren. Das haben die einen als großspurig bezeichnet. Die anderen haben gesagt,

es dauert viel zu lange. Ich glaube, weder das eine noch das andere ist richtig. Es ist eine realistische Perspektive.

Was wir jetzt angepackt haben: vom Erziehungsgeld über die Anerkennung der Erziehungsjahre, die Anwendung des Arbeitsförderungsgesetzes für die Wiedereingliederung von Frauen, mehr Teilzeitarbeitsplätze, Arbeitsplatzteilung, Flexibilisierung unseres Arbeitslebens, bis zu den Verbesserungen bei Gewalt gegen Frauen, das, was wir heute morgen und heute nachmittag angesprochen haben, Frauenförderungspläne, Urwahl bei der Aufstellung von Direktkandidaten, Landeslisten, bei denen die Bürger selber die Listenplätze bestimmen können, dieses und vieles andere mehr können wir nicht von heute auf morgen realisieren.

Aber Sie können davon ausgehen, daß sich nicht nur dieser Parteitag, das höchste Organ der Christlich Demokratischen Union, sondern auch die Landesvorstände, die Landesparteitage, die Kreisparteitage und die Ortsverbände dieser Themen annehmen werden.

Und wir werden, wenn der Parteitag dem Vorschlag des Bundesvorstandes folgt, auch für die eigene Partei das einführen, was wir für den öffentlichen Dienst und für die Wirtschaft verlangen, nämlich Frauenförderungspläne mit Berichtspflicht für die, die die Verantwortung für Einstellung und Beförderung von Frauen haben. Ich bin der Auffassung: Wir sollten hier Erfolgskontrollen einbauen. Die Partei muß sich selber in die Pflicht nehmen. Deswegen trete ich hier dafür ein, daß das, was wir vorgeschlagen haben, nämlich daß der Generalsekretär auf den Parteitag zu berichten hat, was aus den Beschlüssen geworden ist, vom Parteitag sanktioniert wird. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Hinweis darauf, daß wir das, was Sie uns vorgeschlagen haben, realisieren wollen.

Heiner Geißler:

Wir brauchen den Sachverstand und die Klugheit der Frauen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es auch noch einmal sagen: Bevor der Frauentag eigentlich richtig begonnen hat, hat er — sozusagen vorausseilend — die erste Wirkung erzielt. Es sind nämlich gestern in der Tat alle sechs Frauen, die für Präsidium und Bundesvorstand kandidiert haben, vom Bundesparteitag auch gewählt worden.

(Beifall)

Ich finde, das ist ein guter Anfang, und es muß natürlich ein Signal dafür sein, daß dies auf der Landes-, Kreis- und Ortsverbandsebene genauso gemacht wird.

(Beifall)

Ich freue mich, daß vor allem die Männer nicht gerade enthusiastisch, aber überzeugt Beifall spendet haben!

(Heiterkeit)

Ich bin immer wieder gefragt worden, worin die Bedeutung dieses Frauentages und dieser Leitsätze liegt. Die Auswirkungen sind vielfach und in ihrer Tragweite gar nicht abzusehen. Zunächst einmal ist es ein großer Unterschied, ob die Frauenfrage, ob die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau in kleinen Gruppen, in kleinen Parteien diskutiert wird oder ob die größte Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland dieses Thema auf einem Parteitag intensiv diskutiert und dafür sorgt, daß die Verantwortlichen in dieser Partei, Tausende von Abgeordneten, Mandatsträgern, Bürgermeister, Oberbürgermei-

stern, Stadträten und Gemeinderäten erkennen und sich dafür einsetzen, daß sich in dieser Gesellschaft etwas zugunsten der Gleichberechtigung von Mann und Frau verändern muß.

Ich halte die Auswirkungen für gut. Die GRÜNEN haben vorgestern in Bonn ein eigenes Hearing und eine Pressekonferenz abgehalten, und zwar nicht, wie man denken könnte, über die Leitsätze der Frauenpolitik der GRÜNEN, sondern über die Leitsätze der Frauenpolitik der Christlich Demokratischen Union.

(Zustimmung)

Ich habe gehört, daß vor wenigen Tagen Frauengruppen dem Wissenschaftsminister Schmier (SPD) in Nordrhein-Westfalen Forderungen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Nordrhein-Westfalen überreicht haben. Die Forderungen waren inhaltlich mit den Leitsätzen der Christlich Demokratischen Union identisch. Es war ein bewußtes Vorgehen, um dadurch auch in einer anderen Partei zu erreichen, daß das, was wir hier fordern, in Bereichen, in denen andere Parteien Verantwortung tragen, realisiert wird.

Fest steht auf jeden Fall, daß sich auch die anderen politischen Parteien schon vor der Verabschiedung unserer Leitsätze damit auseinandersetzen mußten und sich veranlaßt fühlen, nun ihrerseits Initiativen zu ergreifen. Das ist uns recht — im Interesse der Frauen.

Im Vorfeld dieses Parteitages ist der Vorwurf erhoben worden, die CDU wolle mit diesem Frauentag ein strategisches Wahlmanöver beginnen, weil die Union ihren Vorsprung bei Frauen kontinuierlich verliere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in einer Demokratie. Wenn sich die Frauen von der Christlich Demokratischen Union abwenden oder abwenden sollten, dann kann dies für die CDU nicht gleichgültig sein. Dann suche ich zunächst einmal den Fehler auch gar nicht bei den Frauen, sondern bei der CDU selber. (Beifall)

Eine große Volkspartei wie die CDU kann es sich nicht leisten, die Bedürfnisse, die Lebensperspektiven von Frauen zu ignorieren. Das hat nichts mit Opportunismus zu tun. Es darf einer großen Volkspartei nicht gleichgültig sein, wie Frauen über sie denken. Als große Volkspartei müssen wir uns mit der überwiegenden Mehrheit der Frauen wegen der nach wie vor vorhandenen massiven Benachteiligungen betroffen fühlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die große Mehrheit der Frauen — das gilt besonders für die junge Generation — will heute Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Schließlich ist ja keine Frau ein Leben lang Mutter von kleinen Kindern. Die Frauen begnügen sich zu Recht immer weniger mit sogenannten Zuverdienerjobs. Ich will hier in aller Deutlichkeit sagen: Für uns Christliche Demokraten dürfen Frauen keine konjunkturpolitische Manövriermasse sein,

(Beifall)

die man in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nach Hause schickt und in Zeiten nicht ausreichender Arbeitskräfte wieder anheuert.

Wir treten aus diesem Grund — der Bundeskanzler hat es im letzten Jahr auch im Deutschen Bundestag getan — auch dem abschätzigen Gerede von den Doppelverdienern entschieden entgegen.

(Beifall)

Denn in Wirklichkeit steckt nichts anderes dahinter, als die Frauen aus ihrem Beruf herauszudrängen. Das EG-Anpassungsgesetz, das 1982 mit unseren Stimmen verabschiedet worden ist, verbietet die Diskriminierung von Frauen bei der Einstellung.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieser jahrhundertalte mühsame Prozeß zugunsten der Gleichberechtigung der Frau immer noch nicht zu Ende geführt. In vielfältiger Weise sind Frauen im Lebensalltag diskriminiert und benachteiligt.

Sie müssen mindestens die doppelte Anzahl an Bewerbungen schreiben, um eine Stelle zu bekommen, und zweimal so gut sein wie ihre männlichen Kollegen, wenn sie eine Führungsposition erreichen wollen. Das ist wie beim Autofahren: Man lädt sie zum Mitfahren ein, aber das Steuer gibt man nicht aus der Hand.

(Beifall)

Wenn Frauen berufstätig sind, sind sie es die auch noch die Arbeit zu Hause erledigen müssen. Jetzt wollen wir mal eine richtige Analyse machen, keine geschönten Analysen. Man hört ja immer wieder, es habe sich alles so grundsätzlich und fundamental verändert. Untersuchungen zufolge arbeiten in den Familien, in denen sowohl der Mann als auch die Frau berufstätig sind, nur 12% der Ehemänner zu Hause mit. Und selbst bei diesen 12% sieht das Verhältnis so aus: Die Frau arbeitet drei Stunden und der Mann nur eine halbe Stunde am Tag im Haushalt. Das ist ein Unterschied von 64 Stunden im Monat.

33. BUNDESPARTEITAG

Rede Geißler auf dem Frauentag

den die Männer benutzen können, um ihrem Vergnügen nachzugehen oder ihre Karrieren in Parteien und Verbänden aufzubauen, während die Frauen zu Hause die Dienste verrichten.

(Beifall)

Seit vielen Jahren gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine überproportional hohe Frauenarbeitslosigkeit. Hinzu kommt, daß Frauen im Durchschnitt häufiger länger als Männer arbeitslos sind. Während für die Arbeitslosigkeit der Männer mangelnde Qualifikation und beeinträchtigte Gesundheit oft die Gründe sind, wirken sich bei den Frauen zusätzlich ihre Familienpflichten und die damit verbundenen Einschränkungen als Ursachen für ihre Arbeitslosigkeit aus. Das trifft besonders die Frauen, die kleine Kinder zu versorgen haben. Daß Arbeitslosigkeit Frauen besonders in der aktiven Familienphase trifft, zeigt sich an der Altersverteilung unter den arbeitslosen Frauen. Im September 1983 waren 61% von ihnen unter 35 Jahren, bei den Männern waren es nur 52,3%.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will den Bundeskanzler, die Bundesregierung, das Parlament, aber auch diesen Parteitag darauf aufmerksam machen, daß es in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor massive Einschüchterungsversuche gegenüber den Frauen gibt. Mir liegen erschütternde Briefe vor, in denen Frauen über ihr Schicksal schreiben — Frauenschicksale, nicht aus dem letzten oder vorletzten Jahrhundert, sondern von 1985. Mit diskriminierenden Gesprächen bei Einstellungen, bei Bewerbungen, bei der Frage von Höhergruppierungen und Beförderungen. Das bezieht sich auch auf die Wirtschaft, aber, ich meine, noch nicht einmal so sehr auf die Wirtschaft, es bezieht sich vor al-

lem auf den großen Bereich des öffentlichen Dienstes.

(Beifall)

Hier muß sich die Mentalität derjenigen ändern, die über Beruf und den beruflichen Aufstieg der Frauen zu entscheiden haben. Und das sind nach wie vor überwiegend Männer.

Wir als Christliche Demokraten dürfen eine solche Mentalität nicht widerspruchslos hinnehmen, wir haben, im Gegenteil die Aufgabe, gegen eine solche Diskriminierungsmentalität zu protestieren, sie anzuprangern und eine Änderung des Bewußtseins zu erreichen.

(Beifall)

Dazu muß dieser Parteitag ebenfalls einen Beitrag leisten.

Eine solche Benachteiligung widerspricht dem Menschenbild der Christlich Demokratischen Union. Wenn unsere Gesellschaft frauen- und kinderfreundlicher werden soll, dann müssen auch wir Christlichen Demokraten unser Bewußtsein und unser Verhalten im politischen Alltag zugunsten der Frauen und Kinder verändern.

Ich will es einmal anders herum sagen: Vor drei Wochen hatten wir eine Debatte im Deutschen Bundestag. Dort hat eine sozialdemokratische Kollegin geredet. Sie hat ihre Rede ein bißchen mit Emphase eröffnet und dann gesagt: Ich wende mich an alle Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. — Also gut. — Ich bin der Meinung: Wenn wir über Frauenfragen und die Durchsetzung der Gleichberechtigung sprechen, müssen wir uns in erster Linie an die Männer wenden;

(Beifall)

denn es ist ja nicht so, daß die Frauen Defizite abbauen müßten, sondern die Männer müssen Defizite abbauen. (Beifall)

Ich begrüße deshalb ganz außerordentlich, daß wir heute in unserer Mitte über 500 Gäste haben. Die Feministinnen würden sagen: Gästinnen, aber ich halte das für ein bißchen schwierig, obwohl die Sprache über Jahrhunderte hindurch natürlich die Verhältnisse auch mitgeprägt hat. Ich begrüße es, daß die Sprache in die Diskussion mit eingebracht worden ist, weil die Sprache eben auch wiedergibt, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sind. — Ich begrüße, daß Sie gekommen sind, wir freuen uns, daß Sie da sind.

Ich schlage vor, daß wir heute den ganzen Tag in erster Linie den Frauen zuhören, die wir eingeladen haben, damit wir hören, welche Probleme sie haben, was sie uns zu sagen haben und was sie über die Leitsätze denken. Ich bedanke mich, daß Sie gekommen sind.

(Beifall)

Ich bin der Auffassung, die Männer müssen ihr Bewußtsein und ihr Verhalten ändern — auch Frauen —, damit die Gleichberechtigung im Lebensalltag verwirklicht werden kann.

Ich habe in meinem Manuskript jetzt eine längere Passage über die Entwicklung der Frauenbewegung. Ich will darauf aus Zeitgründen verzichten, obwohl es natürlich schon einmal interessant wäre, was sich da alles abgespielt hat. Heute haben wir die Diskussion um die Verbesserung der Bedingungen für die Frauen im Lebensalltag und im Beruf, die Proteste und Leitartikel in Wochenzeitschriften. Gehen Sie aber hundert Jahre zurück und lesen Sie nach, was damals gesagt worden ist, z. B. zu dem Vorschlag, daß Arbeiterinnen über ihren Lohn selber verfügen können sollten und ihn nicht beim Mann abliefern müssen. Das ist nämlich erst im Jahre 1908

gelingen. Bis dahin mußte jede Arbeiterin ihren Lohn beim Mann abliefern. Heute ist es oft umgekehrt: Heute liefern die Männer den Lohn bei den Frauen ab.

(Heiterkeit und Beifall)

Und die Männer, die so handeln, fahren gar nicht schlecht.

(Beifall)

Nur, entscheidend in diesem Zusammenhang ist, ob man gesetzliche Diskriminierungen aufrechterhält oder eben nicht.

Die Diskussionen, die unsere Vorfahren damals gehabt haben, unterscheiden sich in nichts von dem, was wir heute erleben. Das Zentrum — das Zentrum ist zwar nicht unsere Vorgängerpartei, aber wir haben unsere Wurzeln z. B. auch im Zentrum; das war damals ganz sicher eine fortschrittliche Partei — lehnte noch 1908 die Parteimitgliedschaft von Frauen ab. Es war in den Augen der damaligen Parteiführung des Zentrums ein entscheidender Aufbruch des Reichsparteivorstandes vom Mai 1920 lesen konnte:

„Wir anerkennen die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und verlangen die Heranziehung der Frau, insbesondere auf den Gebieten, für die sie ihrer ganzen Natur nach besonders befähigt ist, vor allem auf dem Gebiet der Volkserziehung und der allgemeinen Wohlfahrtspflege.“

Also, die Gleichberechtigung der Frau sollte zwar sein, aber sie wurde gewissermaßen an Bedingungen geknüpft: Die Frau solle sich im öffentlichen Leben mit denjenigen Dingen beschäftigen, zu denen sie, nach Definition des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei, ihrer Natur nach geeignet sei. Solche Diskussionen haben wir heute zwar auch, aber ich glaube, daß es an der Zeit ist, daß nicht immer nur die Männer darüber bestim-

33. BUNDESPARTEITAG

Rede Geißler auf dem Frauentag

men, was der Natur der Frau angeblich entspricht und was sie zu tun und zu lassen hat.

(Beifall)

Wir beschäftigen uns mit diesem Thema heute nicht zum ersten Mal. Ich sage dies deswegen, weil es von großer Bedeutung ist, was auf einem Parteitag der CDU beschlossen wird. Das mag bei anderen Parteien zwar anders sein, aber für uns sind Beschlüsse eines Parteitages nicht nur Beschlüsse für Festtage, sondern auch für den Alltag. Und wir erwarten natürlich — wir haben allerdings kein imperatives Mandat; ich unterstreiche dies ganz dick —, daß diese Beschlüsse auch von den Regierungen und den Parlamenten ernstgenommen und schrittweise in die Tat umgesetzt werden.

Wir haben 1975 auf dem Parteitag in Mannheim die Forderung nach der Partnerrente erhoben. Das hat große Auswirkungen auf die Vorschläge zur Reform der Hinterbliebenenversicherung und auf den Versorgungsausgleich im Ehescheidungsrecht gehabt. Wir haben damals das Erziehungsgeld und die Anerkennung von Erziehungsjahren verlangt, und zwar als erste Partei. Wir waren damals in der Opposition und haben es in den 70er Jahren nicht durchsetzen können. Ich halte es für eine hervorragende Sache, daß wir, kaum sind wir, lieber Helmut Kohl, zwei Jahre an der Regierung, das Erziehungsgeld und die Anerkennung der Erziehungsjahre beschlossen haben.

(Beifall)

Ich finde, Parteitage der Christlich Demokratischen Union haben für die Arbeit der Regierung und der Parlamente ihren Sinn. Deswegen ist das, was wir heute tun, von entscheidender Bedeutung für die Ver-

wirklichung der Gleichberechtigung im Lebensalltag.

Ich will auch darauf hinweisen, daß wir uns mit diesen Leitsätzen auf der Grundlage dessen befinden, was die Christlich Demokratische Union nach einer langjährigen, intensiven Diskussion 1978 in ihrem Grundsatzprogramm beschlossen hat.

Ich spreche das Grundsatzprogramm jetzt deswegen an, weil es auch immer wieder Leute gegeben hat, die behauptet haben, wir seien mit den Leitsätzen sozusagen vom rechten Glauben abgefallen und würden das Grundsatzprogramm verletzen; davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Ich zitiere:

„Staat und Gesellschaft beruhen auf der gemeinsamen Arbeit von Männern und Frauen. Deshalb muß die Frau an der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens vollen Anteil haben... Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung von Familie und außerhäuslicher Berufstätigkeit finden will.“

Wir müssen diese Grundsatzentscheidung des Grundsatzprogramms mit Leben erfüllen.

Es ist im Vorfeld dieses Parteitages gesagt worden, die Leitsätze würden unserem Verständnis von Ehe und Familie widersprechen, die erwerbstätige Frau würde gegenüber der Frau, die sich ausschließlich der Arbeit in der Familie widmet, als Leitbild in den Vordergrund gerückt. Wer die Leitsätze wirklich gelesen hat, kann zu einem solchen Urteil nicht kommen.

(Beifall)

Rede Geißler auf dem Frauentag

33. BUNDESPARTEITAG

Wir wollen weder Männern noch Frauen vorschreiben, wie sie ihr Zusammenleben gestalten sollen. Unsere Politik hat das Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Männer und Frauen ihr Leben so vielseitig wie möglich gestalten können. Da gibt es viele Leitbilder, da gibt es den Supermann, der als Pascha seine Frau beherrscht, da gibt es den Softi, der seine Frau als Vormund braucht, da gibt es die Emanze, die den Mann als Fehlkonstruktion der Natur ansieht,

(Heiterkeit)

da gibt es das Heimchen, das nicht selbständig werden will. Wir haben als politische Partei niemandem vorzuschreiben, was er über sich selbst denkt, wie er sich selbst definiert, wie die Leute zueinander finden wollen. Dies alles geht eine politische Partei überhaupt nichts an.

(Beifall)

Die Politik ist aufgerufen, politisches, gesellschaftliches und soziales Unrecht zu beseitigen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Menschen, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihre Rechte und Pflichten erfüllen können. Wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erreichen, daß Männer und Frauen gleichberechtigt und gleichwertig entscheiden können, welche Aufgaben sie erfüllen. Darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger.

In unseren Leitsätzen sagen wir, daß wir eine Politik ablehnen, die Frauen und Männer auf bestimmte Rollen und Aufgaben festlegt. „Rolle“, das ist ein Begriff, den man normalerweise in dieser Diskussion verwendet. Es ist ein Begriff, der sicher auch zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Aber jeder, der diese Diskussion vorurteilsfrei verfolgt, weiß, was damit gemeint ist.

Wir wollen Wahlfreiheit für Männer und

Frauen, und das heißt, wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen — so steht es in den Leitsätzen —, daß den Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Wenn wir jetzt in den Leitsätzen die Frauen ansprechen und nicht immer gleich „und Männer“ sagen, dann nicht deswegen, weil wir das nicht auch für Männer für richtig halten, sondern weil wir der Meinung sind, daß dies ein besonderes Problem der Frauen in der heutigen Situation ist, und daß wir deswegen hier auch ein ganz besonderes Schwergewicht legen müssen.

Ich bin davon überzeugt, daß ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen kann, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden. Schon von daher ist es nicht nur ein Ausdruck überholten Denkens, sondern wäre eine Vergeudung menschlicher Fähigkeiten, wollten wir die Aufgaben der Frau von vornherein auf die der Mutter und Hausfrau und die des Mannes nur auf die Berufstätigkeit beschränken. Die meisten Frauen entscheiden sich nicht mehr ausschließlich für die Familie oder die Erwerbstätigkeit, sondern sie wollen beides miteinander verbinden.

Wir haben Millionen von jungen Frauen, die ihren Beruf erlernt haben. Sie lieben ihren Beruf, wollen ihren Beruf ausüben — genauso wie die Männer. Niemand hat das Recht, diesen Frauen, weil sie dieselbe Chance wahrnehmen wie die Männer, deswegen sozusagen überhöht ideologisch-weltanschaulich ein schlechtes Gewissen einzureden.

(Beifall)

33. BUNDESPARTEITAG

Rede Geißler auf dem Frauentag

Aber wir wehren uns genauso dagegen, wenn Frauen, die sich aus voller Überzeugung für die Aufgabe in der Familie entschieden haben, eingeredet wird, das sei etwas Minderwertiges. Die Arbeit in der Familie ist mindestens genauso viel wert wie die Arbeit im Beruf.

(Beifall)

Wenn wir über dieses Thema reden, wollen wir nicht nur von Müttern und Vätern, sondern dann müssen wir auch über die Kinder sprechen.

(Beifall)

Kinder, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen Eltern, Kinder brauchen Mutter und Vater.

(Beifall)

Es gibt Untersuchungen. Daraus ergibt sich: Die meisten Kinder wünschen sich nicht nur Zeit mit der Mutter, sondern vor allem mehr Zeit mit dem Vater. Wir wollen weder eine mutterlose noch eine vaterlose Gesellschaft.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Grundlage, auf der wir nun die konkreten Vorschläge für die Gleichberechtigung der Frauen im Lebensalltag aufgebaut haben. Ich will es einmal ganz konkret sagen. Wir wollen die Grundsatzauseinandersetzung jetzt einmal verlassen und konkret zu dem kommen, was die CDU will, was der Bundesvorstand der CDU dem Parteitag vorschlägt.

Erstens: Wir setzen uns für eine rasche parlamentarische Verabschiedung des von der Bundesregierung beschlossenen Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM monatlich und der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung noch in diesem Jahr ein.

(Beifall)

Ich will dazu eine Bemerkung machen. Das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub sind in den vergangenen Monaten unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung diskutiert worden. Das ist richtig. Aber der Gedanke für das erste Erziehungsgeldgesetz Anfang der 70er Jahre, an dem ich als der damalige Sozialminister in Rheinland-Pfalz beteiligt gewesen bin — ich habe den Entwurf damals sozusagen als Formulierungshilfe für die Bundestagsfraktion ausgearbeitet —, ist auf Grund langer Gespräche mit dem Verband der alleinstehenden Mütter entstanden, auf Grund von Gesprächen mit Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, die sich mit den Problemen der Kinder befassen, z. B. Professor Hellbrügge, Professor Pechstein. Das Ergebnis all dieser Gespräche und Untersuchungen war etwas, was man eigentlich schon von vornherein hätte wissen können, daß es für die Kinder für ihre eigene Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, ob sie in den ersten Lebensjahren Zuwendung, Vertrauen und Liebe erfahren.

(Zustimmung)

Wir haben aber eine gesellschaftliche und soziale Situation, die dem nicht entspricht. Ein junges Ehepaar, das berufstätig ist, steht heute, wenn es zusammen 2800 oder 2600 DM netto verdient — die Beispiele kennen wir alle —, vor einer nahezu unlösbaren Situation, wenn ein Kind kommt und der Vater oder die Mutter bei dem Kind bleiben wollen. Das Einkommen halbiert sich auf 1400 DM netto. Dazu kommt der Ortszuschlag in Höhe von 80 DM, wenn jemand im öffentlichen Dienst beschäftigt ist; 50 DM Kindergeld jetzt — ab nächstes Jahr wird das anders —, ein paar steuerliche Erleichterungen. Sagen wir: Es bleiben 1600 DM netto. Die Miete bleibt; in Mainz 600 bis 800 DM. Darin ha-

ben die Leute 800 DM netto zu dritt, Gas, Wasser, Strom und Licht noch gar nicht einberechnet. Zu dritt gegenüber 2600 DM netto vorher zu zweit!

Das ist die Situation. Ich finde, wir müssen eine derart massive Benachteiligung von Menschen, die sich für die Erziehung des eigenen Kindes entscheiden, als Christliche Demokraten abbauen.

(Beifall)

Und was ich jetzt sage, das richtet sich nicht an den Bundesfinanzminister, an Gerhard Stoltenberg, dem ich herzlich dafür danke, daß er durch seine Konsolidierungspolitik den finanziellen Spielraum geschaffen hat, daß wir etwas für die Familien tun können.

(Beifall)

Wir sind uns einig darin, daß wir bei der Erörterung dieses Themas über den Tellerrand eines Jahreshaushalts hinaus schauen müssen. Es ist nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer, einer Mutter oder einem Vater die Möglichkeit zu geben, das eigene Kind selber zu erziehen, wenn sie es wollen. Wir wollen niemandem etwas vorschreiben. Aber es geht nicht an, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen beide zur Berufstätigkeit zu zwingen und dann das eigene Kind von Sozialmüttern — möglicherweise mit Universitätsabschluß — in gesellschaftlichen Einrichtungen unter hohen Personalkosten erziehen zu lassen und dann hinterher die schweren seelischen Schäden, die sogenannten Deprivationsschäden, wie die Sozialpädiater sagen, mit noch höheren Kosten — meist vergeblich — in anderen gesellschaftlichen Einrichtungen — Kinderheimen, Sonderschulen bis hin zu den Jugendgefängnissen — wieder reparieren zu müssen. Das ist nicht nur unmenschlich gegenüber der Familie, son-

dern auch ökonomisch ein Unsinn ersten Ranges.

(Beifall)

Es ist im übrigen ein schönes Beispiel für das, was wir als Christliche Demokraten immer für richtig gehalten haben: Wir sehen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nämlich als eine Einheit und nicht in verschiedenen Kästen.

Das ist der Grundgedanke des Erziehungsgeldes, aber auch der Anerkennung von Erziehungszeiten gewesen. Wir sind auch der Auffassung — und dies schlägt der Bundesvorstand vor —, daß Vater oder Mutter, die wegen der Erziehung ihres Kindes im ersten Lebensjahr auf eine Vollzeitberufstätigkeit verzichten, ihren Arbeitsplatz behalten können.

(Piffe und Zurufe von der Tribüne)
(Dort werden Transparente entfaltet)

— Ich begrüße auch diejenigen in dieser Saal, die anderer Meinung sind.

(Beifall)

Ich finde das hervorragend. Wenn politische Gegner an unseren Versammlungen teilnehmen, hat das immer den großen Vorteil, daß sie etwas lernen können.

(Heiterkeit und Beifall)

(Anhaltende Zurufe von der Tribüne)

Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß auch wir vom politischen Gegner etwas lernen können. Ich vertraue auf die Kraft des Argumentes. Gerade in dieser Frage müssen wir weniger demonstrieren und weniger rasonieren als argumentieren.

(Beifall)

Wir werden ja über diese Frage heute abend diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Erziehungsurlaub ohne die Möglichkeit, in das Beschäftigungsverhältnis zu-

rückkehren zu können, würde bedeuten, daß mehr als vier Millionen berufstätige Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren in der Bundesrepublik vor die Alternative gestellt werden würden: entweder Kind oder Arbeitsplatz. Ich würde meinen: Dies hat mit christlich demokratischer Politik nichts mehr zu tun.

(Beifall)

Ich habe Verständnis für die Probleme und die Sorgen der Unternehmer, vor allem der kleinen Betriebe. Das ist ganz selbstverständlich. Deswegen muß zum Beispiel das Erziehungsgeldgesetz so gestaltet werden, daß es befristete Arbeitsverträge für Ersatzkräfte für die Zeitdauer des Erziehungsurlaubes ermöglicht,

(Beifall)

und zwar unbeschränkt, über das Jahr 1989 hinaus. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat mir noch vor einer Woche erklärt — und gehen Sie zu den Arbeitsämtern —, daß ich mich jederzeit auf ihn berufen könne. Er sagt:

Auf dem Arbeitsmarkt besteht eine Übernachfrage nach Zeitarbeitsverträgen und nach befristeten Arbeitsverträgen.

Ich finde, wir sollten diese Chance nutzen, um Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, einen Arbeitsplatz zu finden. Viele sind lieber befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos.

Zweitens. Beim Ehescheidungsrecht müssen die in der Ehezeit von beiden Ehegatten erworbenen Anwartschaften und Ansprüche auf Alterssicherung bei der Scheidung und nicht erst bei Eintritt des Versicherungsfalls je zur Hälfte auf beide Ehepartner aufgeteilt werden.

Deswegen fordert der Bundesvorstand, an der Substanz des Versorgungsaus-

gleichs nichts zu ändern. Frauen und Männer, die wegen der Kindererziehung ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt haben, müssen sich zunächst nach ihrer Scheidung darauf verlassen können, daß ihnen keine zeitliche Begrenzung des Unterhalts zugemutet wird und sie nicht auf den Arbeitsmarkt verwiesen werden.

(Beifall)

Drittens. Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Ich habe es vorhin schon gesagt: Arbeit gibt es nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch in der Familie. Dazu machen wir einen sehr wirksamen Vorschlag. Gegen ihn ist zwar auch polemisiert worden, aber es ist klar, warum. Wir schlagen vor: Um die Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie zu dokumentieren, sollten vom Statistischen Bundesamt Kriterien für die Bewertung der Arbeit in Haushalt und Familie entwickelt und die Ergebnisse in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesondert ausgewiesen werden.

(Beifall)

Es ist überhaupt nicht einzusehen, daß das Hemd, welches daheim in der Waschmaschine gewaschen wird, in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht eingeht, während dasselbe in diese Rechnung eingeht, wenn es in der Wäscherei gewaschen wird. Das muß in jedem Fall im Bruttosozialprodukt seinen Niederschlag finden.

Der große Nationalökonom Allan S. Parker hat einmal ausgerechnet: Wenn man den Wert der Dienstleistungen in der Familie einmal in das Bruttosozialprodukt einrechnen würde, dann bedeutete das für die Bundesrepublik Deutschland, daß unser Bruttosozialprodukt nicht ungefähr 1,5, sondern 2 Billionen DM betragen würde.

Dabei wären die Dienstleistungen der Hausfrauen bzw. die Dienstleistungen in der Familie der größte Dienstleistungssektor im ganzen Bruttosozialprodukt.

Ich will einmal die Frage stellen: Leistet eigentlich die Mutter oder der Vater, die dem Kind Sprachschatz und Denkvermögen vermitteln und dem Kind durch Liebe und Vertrauen Selbstsicherheit geben, weniger als die Kindergärtnerin oder der Lehrer in der Schule?

(Beifall)

Viertens. Um die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, fordert die CDU flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe, Arbeitszeitverkürzungen — besonders für solche Beschäftigte, die kleine Kinder haben — und ein vermehrtes Angebot von Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit. Dies gilt besonders für den öffentlichen Dienst. Hier müssen Nachteile beseitigt werden.

Wir fordern, bei öffentlichen und freien Trägern familienergänzende Betreuungseinrichtungen bereitzustellen, z. B. Kinderkrippen. Wir fordern auch, daß endlich z. B. in Hessen die dortige Mehrheit ein Kindergartengesetz verabschiedet, wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist.

(Beifall)

Fünftens. Um den Frauen die Rückkehr in den Beruf zu erleichtern, fordert die CDU, das Arbeitsplatzförderungsgesetz zu einem wirksamen Instrument für die Chancenverbesserung zur Berufsrückkehr von Frauen und Männern auszugestalten. Der Bundesarbeitsminister hat hierzu schon konkrete Vorschläge gemacht.

Ich halte es für hervorragend, daß wir dieses große Problem angehen, indem wir die Möglichkeiten der Bundesanstalt für

Arbeit einbeziehen. Aber auch die Wirtschaft und der öffentliche Dienst sollten sich beteiligen. Es gibt Versuche und Modelle. Zehn Firmen im Stuttgarter Raum haben sich bereit erklärt, Frauen, die ausgedient sind, weil sie ein Kind bekommen haben, familienbegleitend an betrieblichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen zu lassen. Sie geben ihnen die Möglichkeit, Krankheits- und Urlaubsvertretungen zu machen, damit sie sich familienbegleitend immer auf der Höhe ihres Berufs halten können. Ich halte das für eine positive, zukunftsweisende Entwicklung.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Unternehmern, die so weitsichtig handeln, daß sie dies ermöglichen.

Ich bin überhaupt der Auffassung: Weitsichtige Unternehmer haben längst erkannt, daß sie einen Fehler machen würden, wenn sie glaubten, keine Frauen beschäftigen zu sollen. In den Vereinigten Staaten und anderswo hat man längst erkannt, daß die besonderen Fähigkeiten der Frauen — schnelles Einstellen auf veränderte Situationen, Flexibilität, Intuition, Kreativität — in einer Zeit des Wandels, einer Umstellung für einen modernen Betrieb immer unverzichtbarer werden. Ich möchte diese modernen Erkenntnisse der Arbeitsforschung hier einmal einführen.

Sechstens. Deswegen erwartet die CDU von der Wirtschaft, daß sie qualifizierten und leistungsbereiten Frauen gleichgute Arbeitsplätze anbietet wie Männern. Wir brauchen auch bei der Ausbildung gleiche Chancen. Hier sind wir gute Schritte vorangekommen. Alle Stellenangebote müssen für Männer und Frauen ausgeschrieben werden. Da darf es keine Diskriminierungen geben.

33. BUNDESPARTEITAG

Rede Geißler auf dem Frauentag

Siebte. Wir machen Vorschläge zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit.

Achte. Zur Verbesserung der Aufstiegschancen für Frauen fordern wir Frauenförderungspläne im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft und in den öffentlich-rechtlichen Medien, in denen von Geschäftsleitung und Betriebsrat verbindliche Ziele und Maßnahmen für die Aufstiegschancen der Frauen festgelegt werden.

In Amerika gibt es die „affirmative actions“. Es handelt sich also um Vorschläge, die in Amerika längst realisiert worden sind. Diese Frauenförderungspläne müssen auch mit einer Berichtspflicht verbunden werden. Die CDU fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, bei der Besetzung von Gremien und leitenden Positionen Frauen stärker zu berücksichtigen. Der Bundeskanzler hat dies gestern für die Bundesregierung ausdrücklich zugesagt.

(Beifall)

Neunte. Wir machen Vorschläge für ein stärkeres politisches und gesellschaftliches Engagement von Frauen in ehrenamtlicher Tätigkeit in der Gesellschaft.

Zehnte. Die Zahl — jetzt komme ich zu den politischen Parteien selber — der weiblichen Mitglieder in den politischen Parteien ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, ihr Anteil an Führungspositionen allerdings nicht, wenn ich von der gestrigen Entscheidung einmal absehe; da handelt es sich um eine sehr gute Entwicklung. Wir sind der Auffassung, daß eine angemessene politische Beteiligung der Frauen nur erreicht werden kann, wenn Vorurteile abgebaut werden und in den Parteien ein Klima

der Offenheit entsteht, das Frauen ermutigt, sich aktiver zu beteiligen.

Elfte. Wir machen konkrete Vorschläge, die innerparteilichen Nominierungsverfahren von Kandidaten für parlamentarische Mandate entsprechend dem Mannheimer Parteitagsschluß von 1975 dadurch in geeigneter Weise zu verbessern, daß vor einer Entscheidung über die Direktkandidaten das Votum der Parteimitglieder eingeholt wird.

Die CDU fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die CDU-Fraktionen in den Landtagen und Bürgerschaften auf, das Wahlrecht mit dem Ziel zu überprüfen, daß der Bürger bei Listenwahlen die von den Parteien vorgegebene Reihenfolge der Kandidaten ändern kann. Solche Änderungen des Wahlrechts können vor allem auch die Wahlchancen weiblicher Kandidaten verbessern. Der Generalsekretär soll über die Verwirklichung der Leitsätze zur Frauenpolitik der CDU künftig regelmäßig auf den Bundesparteitag berichten.

(Beifall)

Es wird also interessante Diskussionen geben.

Zwölfte. Wir verlangen auf Bundesebene ähnlich der konzertierten Aktion eine Institution zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Dasselbe soll auf Landes- und kommunaler Ebene gelten. Wir brauchen Stellen innerhalb der Verwaltung, die sich um diese Fragen kümmern. Es sollen Stellen innerhalb der Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden eingerichtet werden, die sich speziell mit Frauenfragen beschäftigen.

Dreizehnte. Die Benachteiligung der Frau wirkt sich insbesondere an

Rede Geißler auf dem Frauentag

33. BUNDESPARTEITAG

den Hochschulen aus. An den Hochschulen müssen qualifizierte weibliche Bewerber für Positionen in Forschung und Lehre besser berücksichtigt werden. Deswegen sollten in den jeweiligen Entscheidungsgremien Kommissionen gebildet oder Beauftragte berufen werden, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sind. Die Frauenforschung muß an Hochschulen und Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten zu einem anerkannten Forschungsschwerpunkt werden.

Vierzehntens. Meine Damen und Herren, dies ist die letzte der konkreten Maßnahmen, die wir vorschlagen; diese Maßnahmen stellen auch nur eine Auswahl dar, es sind die wichtigsten Punkte. — Ein großes Problem — ich würde fast sagen: ein fürchterliches Problem — in unserer Gesellschaft ist nicht nur die Gewalt gegenüber Kindern, nicht nur das Thema Kindesmißhandlungen, sondern auch das Thema Gewalt gegen Frauen. Ich möchte uns alle auf dieses Problem aufmerksam machen und unser Bewußtsein dafür schärfen. Wir müssen verlangen, daß nach wie vor vorhandene Vorurteile von Behörden, auch von Gerichten, gegenüber weiblichen Opfern von Gewalthandlungen beseitigt werden.

(Beifall)

Hier muß sich das Bewußtsein verändern. Die Behörden, auch die Gerichte, müssen sich zunächst einmal an die Seite der Schwächeren stellen, an die Seite derjenigen, die Opfer solcher Gewalthandlungen geworden sind. Sie dürfen nicht umgekehrt verfahren, daß sie die Opfer ins Zwielicht bringen. Ich weiß, daß wir dort auf dem Wege der Besserung sind. Die überwiegende Anzahl von Behörden und

Gerichten handelt ja entsprechend. Aber es gibt immer noch genügend Fälle, wo anders verfahren wird.

Ich wehre mich auch gegen Zeitschriften, Illustrierte, Magazine und andere Publikationen, die um ihres Gewinns willen Schicksale von Frauen, die Opfer von Gewalthandlungen geworden sind, vermarkten. Ich glaube, das sollten wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Bei Strafprozessen in Sachen Vergewaltigungen und Sexualdelikte muß die rechtliche Möglichkeit, die Öffentlichkeit auszuschließen, verbessert werden.

(Beifall)

Das heißt, der Ausschluß der Öffentlichkeit darf kein absoluter Revisionsgrund mehr sein. Betroffene Frauen müssen das Recht haben, als Nebenkläger aufzutreten.

Jetzt möchte ich noch etwas zu Frauenhäusern sagen. Das ist ein Thema, das in unserer Partei zum Teil heftig diskutiert wird. Frauenhäuser sind auch das Ergebnis einer Entwicklung gewesen, die wir als politische Partei lange Zeit vielleicht nicht ganz so ernst genommen haben, wie wir es eigentlich hätten müssen.

(Beifall)

Frauenhäuser haben eine wichtige Aufgabe. Deswegen trete ich dafür ein, daß Frauenhäuser, die sich bewährt haben, von den Ländern und Gemeinden finanziell so geholfen wird, daß sie ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.

(Beifall)

Wir haben dazu — ich bin der verantwortliche Minister — auch konkrete Vorschläge gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Foren sollen jetzt bald beginnen. Las-

33. BUNDESPARTEITAG

Rede Geißler auf dem Frauentag

sen Sie mich daher mit einem einfachen, aber klaren Satz schließen:

Die Christlich Demokratische Union darf nicht ruhen, und sie wird auch nicht ruhen, bis die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Lebensalltag, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik verwirklicht wird.

Ich bitte den Parteitag, daß er mit seinen Beschlüssen heute dafür die Voraussetzungen schafft.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall) ■

Ein Lehrstück für ängstliche Männer

Es wäre fatal, wenn das von Männern beherrschte untere Funktionärskorps der Union — wie in Essen in den Wandelgängen mitunter spürbar — die „ganze Sache“ nur um einer Wahltaktik willen schlucken würde, es hätte das veränderte Bewußtsein von Frauen nicht begriffen. Auf 27 Prozent der Mitglieder haben sie es gebracht — und verlangen ihren „gerechten Anteil an den Führungspositionen“. Davon sind sie noch weit entfernt. Man hörte in Essen von Kreisvorständen und „Delegiertenkörpern“, die bis zur Stunde „frauenfrei“ sind. Auf der anderen Seite hat die Junge Union schon Kreisverbände, in denen junge Frauen die Vorstandsmehrheit stellen.

Für Emanzen und „Spiegel“-Voyageure war in Essen nicht viel zu holen, zumal, wenn sie an ihren Vorurteilen Maß nahmen. Die Diskussion in den drei Foren bewegte sich auf einem hohen Niveau. Mancher Mann hätte dort lernen können, wie man sich kurz und klar ausdrückt.

Rheinischer Merkur, 30. März 1985

Nachlese vom Bundesparteitag

„Wir haben keine Stimmen zu verschenken.“

Helmut Kohl, Vorsitzender

„Politisch gesehen sollen die Menschen in Deutschland nach dem Willen der SPD vor Neid nicht mehr blaß, sondern rot werden.“

Heiner Geißler, Generalsekretär

„Erst die Menschen arm machen, dann zum Klassenkampf aufhetzen — welch eine erbärmliche sozialistische Moral.“

Heiner Geißler, Generalsekretär

„Wenn Hans-Jochen Vogel von deutschen Bildschirmen verschwände, würde der CDU ein wichtiger Werbeträger fehlen.“

Heiner Geißler, Generalsekretär

„Die GRÜNEN rotieren um sich selbst und um Hiobsbotschaften aus aller Welt, was bestenfalls ihren Unterhaltungswert erhöht.“

Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender

„Von diesem Parteitag muß die Parole ausgehen: Arbeitslosigkeit kann und darf kein Dauerzustand werden.“

Kurt Biedenkopf, Vorstandsmitglied

„Ich bin offenbar der letzte Patriarch, den die CDU sich noch hält.“

Norbert Blüm, stellvertretender Vorsitzender

■ FORUM 1:

Frauen in Beruf und Familie

Einführungsreferat: Roswitha Verhülsdonk, MdB

In der Präambel zu den Leitsätzen der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau steht: „Die CDU lehnt eine Politik ab, die Frauen oder Männer auf bestimmte Rollen festlegt oder die Unterschiede zwischen Mann und Frau nicht wahrhaben will. Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränken zu wollen.“

Die CDU wendet sich also gegen jedes politische Konzept, das Frauen und Männer auf ein bestimmtes Leitbild festlegen will. Wie steht es heute um das Bewußtsein der Menschen in unserem Land im Hinblick auf Partnerschaft und Gleichberechtigung von Mann und Frau?

Da gibt es ohne Zweifel eine große Vielfalt von Vorstellungen und Lebensmodellen. Mir scheint, daß sich die Erwartungen hinsichtlich partnerschaftlicher Lebensgestaltungen bei den Frauen stärker verändert haben als bei den Männern.

Offensichtlich hält die Mehrheit der Männer, zumindest der mittleren und älteren Generation, an der traditionellen Rollenvorstellung fest, daß Haushaltführung und Kindererziehung die primären Aufgaben der Frau sind und daß dem Mann vorwiegend die Ernährerrolle zukommt. In der sozialen Wirklichkeit hat sich aber bereits mehr verändert, als vielen Menschen bewußt ist.

Der gesellschaftliche Wandel hat sich im Leben der Frauen stärker ausgewirkt als im Leben der Männer. Die Mehrheit der Frauen ist heute zumindest auf Zeit in ihrem Leben erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote verheirateter Frauen mit Kindern hat in den letzten Jahren besonders zugenommen. Die Erfahrung des Berufslebens hat große Rückwirkungen auf das Selbstverständnis der Frauen, auf ihre Selbständigkeit und auf ihre materielle Unabhängigkeit und auf ihr Verhältnis zum männlichen Partner. Sie hat natürlich auch Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Kindern. Viele Menschen meinen, eher negative. Aber das ist durch eine Reihe von Untersuchungen widerlegt. Die simple Formel, Fehlentwicklungen bei den Kindern (von Schulversagen über Rowdytum und Drogensucht bis hin zu Kriminalität) seien eine Folge der „Mutterlosigkeit“ infolge der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Mütter, hat sich nicht bestätigt.

Aber auch ein anderer Tatbestand ist von Bedeutung: Die erwerbstätigen Mütter tragen immer noch die Hauptverantwortung in der Familie.

Eine gleichmäßige und damit partnerschaftliche Arbeitsteilung in den Doppelverdienerhaushalten mit Kindern scheidet an der offensichtlich noch weithin fehlenden oder doch schwächer ausgeprägten Bereitschaft der Männer, ihre Frauen im häuslichen Bereich wirksam zu entlasten. Wenn die Ehefrau erwerbstätig sein will, muß sie Haushalt und Erwerbstätigkeit — oft zu Lasten ihrer Freizeit — weitgehend

ohne Unterstützung von anderer Seite miteinander vereinbaren. Dies hat gerade eine Untersuchung des Arbeitszeitbudgets privater Haushalte, durchgeführt vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, wieder bestätigt.

Andererseits ist nicht zu bestreiten: Wenn die Frauen mit ihrer Doppelbelastung in Familie und Beruf nicht alleingelassen und ständig überfordert werden, wenn der Vater und die Kinder, entsprechend ihrem Alter, aktive Mitverantwortung übernehmen, dann profitieren alle in der Familie — und zwar nicht nur materiell. Der Zusammenhang wächst, Mann und Frau, Eltern und Kinder begegnen sich in einem neuen gegenseitigen Verständnis. Alle in der Familie erfahren Entfaltungschancen.

Ich will damit keineswegs sagen, daß die Hausfrau und Mutter, die ihre volle Kraft lebenslang in den Dienst an ihre Familie stellt, nicht ebenso ihre Entfaltungschancen hat. Es muß heute aber deutlich gemacht werden, daß es nicht nur ein Familienmodell gibt, das Wärme, Geborgenheit und soziale Erziehung vermittelt.

Fest steht, der Anteil der verheirateten Frauen an den Erwerbstätigen hat sich in den letzten Jahrzehnten verdoppelt, der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren verdreifacht. Und das hat nicht nur wirtschaftliche Gründe.

Freude am Beruf, an Kontakten zu anderen Menschen, Anerkennung der beruflichen Leistung (auch die Lohntüte ist eine wichtige Form der Anerkennung!) und schließlich die eigene Rente, das alles zusammen sind wichtige Gründe für den Wunsch der Frauen nach mehr beruflicher Betätigung.

Seit Jahren ist eine junge Frauengeneration herangewachsen mit gleichen Bildungschancen im schulischen Bereich

wie die Jungen, die sie auch genutzt hat. Diese Frauen haben auch zunehmend eine bessere berufliche Bildung erfahren, sind mit Berufserfahrung in die Ehe gegangen und haben Partnerschaft mit Männern am Arbeitsplatz erlebt.

Immer mehr junge Männer sehen durchaus das Positive dieser Entwicklung. Meist sind zudem die jungen Paare zunächst aus wirtschaftlichen Gründen auf beide Einkommen angewiesen.

Man darf nicht verkennen, daß die Probleme erst richtig beginnen, wenn der Wunsch nach Kindern realisiert werden soll. Nachweislich möchten noch immer die meisten jungen Paare Kinder haben, aber die Verwirklichung des Kinderwunsches stellt sie vor viele Schwierigkeiten. Kinder bringen Mehrkosten, sie bedeuten aber auch eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, brauchen viel Zuwendung an Zeit und Geduld.

Man steht vor der Frage, ob die Frau ihre Berufstätigkeit ganz oder teilweise aufgeben soll oder muß — damit sind dann oft erhebliche Einkommenseinbußen verbunden. Hinzu kommt: Frauen fragen sich heute angesichts der Arbeitslosigkeit und der besonderen Probleme der Frauenbeschäftigung, ob sie überhaupt jemals wieder eine Rückkehrchance in den Beruf haben werden. Wenn sie sich für ein Kind entschieden haben, müssen sie fertig werden mit der psychologisch nicht leichten Situation, die Hauptverantwortung für das Kind zu übernehmen und auf die positiven Erfahrungen und Kontakte des Berufslebens zu verzichten.

Belastend hinzu kommt, daß die Erwerbstätigkeit im gesellschaftlichen Bewußtsein ein wesentlich höheres soziales Ansehen vermittelt als Familienarbeit. Sie alle kennen das Schlagwort von der Nur-Haus-

frau, die aus der ideologischen Ecke des Sozialismus heraus als nicht mehr zeitgemäß, als rückständig und unemanzipiert abgestempelt worden ist.

Man scheint, daß noch immer viele Ehemänner für diese Probleme ihrer Partnerin nur begrenztes Verständnis haben, irgendwie hoffen, die Ehefrau werde sich in absehbarer Zeit als Mutter auf das „normale weibliche Selbstverständnis“ einpendeln, d. h. die Familienaufgaben bereitwillig allein übernehmen und es dem Ehemann erleichtern, alle Kräfte in seinen beruflichen Aufstieg zu investieren.

Verschärft wird der entstehende Konflikt, wenn dann noch das Freizeitverhalten des Mannes sich früheren Junggesellengepflogenheiten wieder annähert.

Man könnte diese Problemanalyse um viele weitere Varianten bereichern. Ich will an dieser Stelle zwei Konsequenzen ziehen:

1. Es ist notwendig, daß junge Paare gemeinsam Lebenspläne entwickeln und es lernen, in Partnerschaft, je nach dem gewählten Lebensmodell, Hausarbeit, Kindererziehung und Erwerbsarbeit sinnvoll unter sich aufzuteilen.

2. Diese freie Entscheidung für ein bestimmtes Partnerschaftsmodell darf nicht von außen dadurch eingeschränkt werden, daß das Modell (der sogenannten Hausfrauenehe) mit dem Etikett ausgestattet wird, ethisch verantwortbarer und anthropologisch allein richtig zu sein, oder daß das Modell der Erwerbstätigenehe mit dem Etikett versehen wird, partnerschaftlicher und fortschrittlicher zu sein.

In einer freiheitlichen Gesellschaft muß es auch in der Gestaltung des Familienmodells Wahlfreiheit geben.

Welche politischen Konsequenzen zieht die CDU als Regierungspartei, um Frauen und Männern die Chance von mehr „Wahl-

freiheit“ zwischen den unterschiedlichen Partnerschaftsmodellen zu geben?

1. Die ab 1. Januar 1986 Gesetz werden den Verbesserungen des Familienlastenausgleichs in Höhe von 5,3 Mrd. DM sind zusammen mit der Tarifreform bei der Einkommensteuer in den Jahren 1986 und 1988 ein wichtiger Beitrag dazu, daß das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen auch in der Ehe mit einem Verdiener endlich wieder ansteigt. Zusammen mit dem Ehegattensplitting erleichtert diese Reform des Familienlastenausgleichs der Frau die Wahl des Modells „Hausfrau und Mutter“ zumindest in der Phase der Kleinkindererziehung.

2. Die Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM für alle Mütter ab 1986 (mit einer Verlängerung der Bezugszeit von 10 auf 12 Monate ab 1988) erleichtert es erwerbstätigen Müttern, wenigstens für diese Zeit sich voll der Erziehungsaufgabe zu widmen und sich dem Kinde zuzuwenden.

Das Erziehungsgeldgesetz bezieht erstmals auch die Frauen ein, die der Kindererziehung wegen ihren Beruf aufgegeben haben. Wir machen mit der bestehenden Ungerechtigkeit Schluß, daß diese Frauen beim Partnerschaftsurlaub ausgeklammert worden sind.

Vom Lebensgefühl junger Frauen her war das sowieso nie vertretbar. Die Teilung in Hausfrauen und erwerbstätige Frauen mag noch in der älteren Frauengeneration deren eigenem Bewußtsein entsprechen. Junge verheiratete Frauen empfinden sich als beides, als Berufs- und als Hausfrauen, wobei es von ihrer persönlichen Situation abhängt, ob sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, u. U. auch müssen, oder ob sie sich auf mehr oder weniger lange Zeit auf die Familienaufgaben konzentrieren wollen oder können.

3. Der Wahlfreiheit wegen ist die im Erziehungsgeldgesetz vorgesehene Arbeitsplatzgarantie für die Frauen so wichtig. Ich verkenne nicht die Probleme, die dadurch in kleineren Betrieben entstehen können. Zur Zeit gibt es bereits eine Arbeitsplatzgarantie von acht Monaten. Ab 1986 besteht über das Beschäftigungsförderungsgesetz die Möglichkeit, Zeitarbeitsverträge bis zu 1½ Jahren ohne besonderen Grund abzuschließen. Es ist schwer einzusehen, warum es dann schwieriger sein soll als heute, den Arbeitsplatz einer jungen Mutter für ein Jahr zu besetzen.

Für ein Jahr lohnt sich die Einarbeitung einer Ersatzkraft doch eher als für 4 Monate. Und Ersatz für die heute typischen Frauenarbeitsplätze — meist in mittleren und unteren Etagen der Arbeitswelt — muß es bei über 2 Mio. Arbeitslosen doch geben. Die vielen gut ausgebildeten jungen Leute, die wegen mangelnder Berufserfahrung oft genug nicht zum Zuge kommen, hätten über Zeitverträge und Vertretungen wenigstens die Chance, schon mal auf Zeit ins Arbeitsleben hineinzukommen. Zur Zeit kehren 50 Prozent der Frauen, die Mutterschaftsurlaub nehmen, danach noch nicht an den Arbeitsplatz zurück. In solchen Fällen hat die „Ersatzkraft“ sogar die Chance, einen Dauerarbeitsplatz zu erhalten.

Auch die Wirtschaft braucht morgen und übermorgen noch Arbeitskräfte, muß also daran interessiert sein, daß Kinder geboren werden. Sie will heute auf etwa 5 Mio. junge Frauen als Mitarbeiterinnen nicht verzichten. Diese sind übrigens immer noch überwiegend billige und zudem sehr willige Mitarbeiter. Es ist sehr kurzfristig, den Frauen und Müttern weithin zuzumuten, daß sie sich einer Arbeitswelt anverwandeln, die einmal allein auf

den lebenslang verfügbaren Mann zugeschnitten worden ist.

4. Das 100 Jahre alte Rentenunrecht, daß Mütter für die Leistung der Kindererziehung keine Rentenanwartschaften erhalten, wird aufgebrochen. Ein erstes Erziehungsjahr in der Rentenversicherung wird Müttern für das Jahr nach der Geburt des Kindes gutgeschrieben. Diese Leistung soll rückwirkend für alle Frauen bis zum Jahrgang 1921 gelten, unabhängig davon, ob sie oder ihr Mann bis dahin Mitglied der Rentenversicherung waren oder nicht.

Wenn, was ich hoffe, in absehbarer Zeit die Möglichkeit eröffnet wird, auch für Pflegeleistungen bei nahen Angehörigen Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, dann können Frauen in der Familie durch Kindererziehung und Pflegezeiten ihre Rentenbiographie vervollständigen. Heute sind die um 30 bis 40 Prozent niedrigeren Frauenrenten eine Folge von zu wenig Versicherungsjahren, im Schnitt sind es bei Frauen nur 21, bei Männern aber 40. Außerdem wirken sich die niedrigeren Frauenlöhne auf die Rentenhöhe aus.

5. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß für Frauen und Männer verbessert werden.

Ob und wie die Eheleute in Familie und Beruf eine partnerschaftliche Arbeitsteilung vornehmen, kann und soll der Staat nicht bestimmen. Aber er muß Rahmenbedingungen im Arbeits- und Sozialrecht schaffen, damit die Arbeitszeiten und -abläufe flexibler gestaltet werden können.

Immer mehr junge Elternpaare möchten in der Phase der Kindererziehung, und immer mehr ältere Ehepaare möchten vor dem Übergang in den Ruhestand flexiblere Arbeitszeiten wählen können. Dem stehen die geltenden starren Arbeitszeitstrukturen entgegen.

Nach serlösen Umfragen wären über 2 Mio. Vollzeitbeschäftigte bereit, eine Teilzeitarbeit qualifizierter Art auszuüben, also eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu wählen.

Die Wirtschaft hat inzwischen erkannt, daß nicht nur der Druck der hohen Arbeitslosenzahlen, sondern auch Kostengesichtspunkte dafür sprechen, in Zukunft vielfältige Formen qualifizierter Teilzeitarbeit anzubieten, darunter auch das Modell der Arbeitsplatzteilung. Bundesländer, wie z. B. Rheinland-Pfalz, haben Teilzeitmodelle erprobt mit gutem Erfolg und Zufriedenheit bei Arbeitnehmerinnen und Betrieben. (Teilnehmerinnen waren übrigens Frauen, die nach der Familienpause an den Arbeitsplatz zurückkehrten.)

Dem öffentlichen Dienst kommt in der Frage des Teilzeitangebots Vorbildfunktion zu, auch im gehobenen und höheren Dienst. Aber auch die Frauen, die Teilzeitarbeit suchen, müssen solidarischer werden. Je nach Alter der Kinder und Familiensituation müssen auch ungünstigere Arbeitszeiten (z. B. an Nachmittagen) angenommen werden, sonst kann das Modell der Teilzeitarbeit nicht funktionieren.

Im Beschäftigungsförderungsgesetz werden Teilzeitarbeitsplätze sozial verträglicher ausgestaltet, z. B. im Hinblick auf Kündigungsschutz und Vertretungspflicht. Die im Handel schnell zunehmende Arbeit auf Abruf wird so ausgestaltet, daß der Arbeitnehmer 4 Tage vorher über die Arbeitszeit zu benachrichtigen ist. Diese muß dann mindestens 3 Stunden betragen.

6. Öffentliche und freie Träger müssen ein bedarfsgerechtes Angebot familienergänzender Betreuungseinrichtungen für Kinder bereitstellen. Hier sind vor allem die Länder gefordert. Auch ein größeres Angebot von Ganztagschulen gehört dazu.

Familienfreundliche Wohn- und Lebensformen begünstigen Nachbarschaftsinitiativen, wie sie in den USA bereits üblich sind.

7. Ein besonderer Dreh- und Angelpunkt in einem politischen Programm für mehr Wahlfreiheit für Frauen ist die konkrete Förderung der Rückkehrchancen nach der Familienpause. Hier gibt es z. Zt. die größten Defizite. Viele Rückkehrerinnen müssen sich mit weniger qualifizierten und schlechter bezahlten Arbeitsplätzen begnügen, wenn sie überhaupt wieder zum Zuge kommen wollen.

Deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Antrag gestellt hat, im Beschäftigungsförderungsgesetz Müttern für jedes Kind fünf Jahre lang Anspruch auf Eingliederungshilfen gutzuschreiben. So können in Zukunft Mütter auch nach längerer Pause aufgrund ihrer früheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung Umschulung, Weiterbildung und Einarbeitungshilfen in Anspruch nehmen. Damit werden die Einschränkungen der sozialliberalen Regierung von 1975 wieder aufgehoben, ja die Bedingungen werden sogar verbessert. Wichtig ist, daß die Umschulungsangebote auch in Teilzeitform angeboten werden. Frauen müssen auch in der Familienpause die Chance erhalten, Kontakte zum Beruf zu halten, z. B. durch Urteilsvertretung und Fortbildung. In den 90er Jahren wird sich, bei stark abnehmender Erwerbsbevölkerung, erweisen, daß all diese Maßnahmen auch volkswirtschaftlich richtig und sinnvoll sind.

Meine Damen und Herren!
Wir sollten uns in der anschließenden Diskussion nicht in der Erörterung von Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen der Frauen erschöpfen, so wichtig es ist,

■ FORUM 2:

Frauen im Berufsleben

Einführungsreferat: Minister Birgit Breuel, MdL

Für die Frauen geht es heute nicht nur um die Alternative Familie oder Beruf. Es geht darum, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Das gilt übrigens gleichermaßen für die Unternehmerin wie auch für die mitarbeitenden Familienangehörigen, die im Leitanspruch fast ausgeklammert sind.

- Rechtsgleichheit hat Politik weitgehend verwirklicht
- von Rechtsgleichheit zur Chancengleichheit ein weiter Weg
- ob besondere Schutzmaßnahmen der richtige Weg — ist fraglich
- man kann Frauen so lange schützen,

daß sie ihren Sachverstand und ihre Vorschläge konkret hier einbringen.

Mir scheint es aber notwendig, daß wir uns auch mit den grundsätzlichen Aspekten von Partnerschaft und Gleichberechtigung beschäftigen.

Es ist der Vorwurf laut geworden, das in den Leitsätzen der CDU vorgelegte Konzept sei bloßer Aktionismus, es könne vor anthropologischen und ethischen Kategorien nicht bestehen, sei eher soziologisch, wenn nicht gar sozialistisch: Ich frage mich, ob diejenigen, die solches behaupten, nicht durch die Brille ihrer inneren Vorbehalte gegen neue Formen partnerschaftlicher Lebens- und Familiengestaltung geschaut haben. Vielleicht halten sie

bis sie aus dem Arbeitsmarkt herausgeschützt werden

- manche Vorschläge schießen über das Ziel hinaus

Die Frauen sind nach wie vor benachteiligt. Die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist immer noch nicht überall erfüllt. Neue Kriterien zur Lohnfindung stehen aus. Dieses Thema ist auch bei Tarifverhandlungen immer nur von nachrangiger Bedeutung gewesen. Dieser Vorwurf geht an beide Tarifpartner. Seit dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes 1955 sind ausdrücklich diskriminierende tarifliche Regelungen abgeschafft.

Die von den Tarifparteien in der Folgezeit entwickelten Kriterien der Lohnstrukturbe-

ihr eigenes Lebensmodell für das einzig richtige. Vielleicht sind sie selbst und ihr persönliches Umfeld nicht so stark von den Veränderungen unserer Zeit betroffen.

Ich meine, wir sollten mit Offenheit und Fairneß, aber auch mit dem nötigen Realismus an die Diskussion herangehen. Wir sollten zugestehen, daß biblische Ehemodelle, auch wenn sie in Paulus-Briefen beschrieben werden, keine Handlungsanweisungen für alle Zeiten sind. In unserer Generation haben sich neue Formen des familiären Zusammenlebens entwickelt, denen wir zugestehen müssen, daß sie eine neue Qualität von Partnerschaft zwischen Mann und Frau und auch eine neue Qualität der Elternschaft ermöglichen.

stimmung wirken sich auch heute noch tendenziell zuungunsten der Frau aus.

So wird ihr, die immer noch als „Doppelter oder Hinzuverdienerin“ begriffen wird, der Sockelbetrag niedriger angesetzt oder entfällt ganz.

Bei einer kritischen Durchsicht der Tarifverträge ist festzustellen, daß z. B. im Angestelltenbereich die Berufsausbildung, die Frauen in geringerem Maße als Männer aufweisen, das am höchsten gewertete Kriterium ist; auch dann, wenn die so erworbenen Fähigkeiten gar nicht genutzt oder durch praktische Berufserfahrung ersetzt werden können. Körperliche Beanspruchung hingegen wie ganztägiges Stehen, Beanspruchung der Nerven, der Sehkraft und des Gehörs, Fingerfertigkeit und Geschicklichkeit, also gerade die für „Frauenarbeitsplätze“ typischen Anforderungen, sind nicht berücksichtigt.

Um diesen Mißstand zu beseitigen, sind deshalb die Tarifvertragsparteien zu einer Neuorientierung ihrer Tarifpolitik zu veranlassen, die weniger auf Vorurteile, sondern auf fachliche Bewertung abstellt.

Die Ursache für schlechtere Berufschancen liegt nicht nur in unmittelbarer Diskriminierung der Frauen. Die Ursachen sind vielfältig: die Erziehung in der Familie, die immer noch geringere berufliche Qualifikation der Frauen, ihre Konzentration auf nur wenige „typische Frauenberufe“. Nicht zuletzt ist es die den Frauen aufgebürdete Doppelbelastung durch Beruf und Familie, die ihre Chancen im Berufsleben schmälert.

Das Problem, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, ist nicht nur ein persönliches Problem der Frauen. Dieses Problem betrifft auch die Männer.

Natürlich handelt es sich dabei auch um eine eminent gesellschaftspoliti-

sche Frage. Die Antwort der CDU auf diese Frage kann und darf aber nicht darin liegen, Männern und Frauen für ihre persönliche und gemeinsame Lebensgestaltung ein starres Leitbild vorzugeben. Wir lehnen ein vorgegebenes Rollenbild ab. Christlich-demokratische Politik will Wahlfreiheit für Männer und Frauen. Aufgabe der Politik ist es, die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß diese Wahlfreiheit auch wirklich erlebt werden kann.

Wahlfreiheit kann aber nicht heißen, einen staatlichen Aufgabenkatalog zu formulieren, der tief ins Privatleben hineinreicht. Wahlfreiheit kann nicht heißen, daß jede private Entscheidung vom Staat finanziell begleitet, beeinflußt wird. (Sogar das Ehrenamt soll durch finanzielle Staatsbeteiligung eine andere Dimension bekommen.)

Die CDU sollte nicht den Eindruck erwecken, als ob menschliche Schicksale politisch machbar sind.

Die CDU hat in den letzten Jahren zahlreiche Vorstöße unternommen, die darauf abzielen, das Schlagwort „Wahlfreiheit“ mit Leben zu erfüllen. Ich erinnere hier vor allem an die Vorschläge zur Arbeitszeitflexibilisierung, zur Teilzeitarbeit.

Ein ganz bedeutender Schritt vorwärts ist die Einführung des Erziehungsgeldes und die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung.

Über eines muß man sich jedoch klar sein: Gesetzliche Bestimmungen allein reichen nicht aus, dieses Ziel zu erreichen. In erster Linie sind Veränderungen im Bewußtsein und im Verhalten von Männern und Frauen erforderlich. Gleichberechtigung läßt sich nicht vorschreiben; sie darf aber auch nicht in Gleichheit umschlagen.

Ich möchte hier keinen Hehl daraus machen, daß die Pläne zur Einführung einer **Arbeitsplatzgarantie** im Zusammenhang mit dem Erziehungsjahr mit Besorgnis betrachte.

Es kommt uns doch allen darauf an, die Frauen wirklich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und nicht darauf, die Mauern und Barrieren, die Frauen den Zugang ins Berufsleben verwehren, noch weiter aufzustocken. Die Steine, die da aufgeschichtet werden, mögen mit noch so wohlklingenden Namen bedacht sein, die Mauer wächst trotzdem.

Arbeitsrechtliche „Zwangsmaßnahmen“ machen besonders dem Mittelstand zu schaffen, der mehr Flexibilität und weniger Regulierung braucht. Dieses ist um so wichtiger, als dem Mittelstand bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine entscheidende Rolle zukommt.

Wer dieses Argument nicht zur Kenntnis nimmt, der unterliegt doch Wunschen. Gute soziale Motive sind noch keine Garantie für gute soziale Gesetze und Verhältnisse.

Ich glaube nicht, daß gesetzliche Garantien der richtige Weg dazu sind. Mir scheint es sinnvoller zu sein, den Unternehmern Anreize — auch finanzielle Anreize — zu geben, von sich aus Frauen einzustellen, ihnen freiwillig Rückkehr auf den Arbeitsplatz zu ermöglichen, ihnen Aufstiegschancen zu geben.

Ich könnte mir durchaus vorstellen, die Bereitschaft der Arbeitgeber, Frauen, die ein oder mehrere Erziehungsjahre in Anspruch genommen haben, wieder einzustellen, zu fördern, indem der Staat z. B. für eine gewisse Zeit Teile der Lohnkosten übernimmt.

Am meisten am Herzen liegt mir allerdings, daß endlich damit Ernst gemacht wird, genügend Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Das käme tatsächlich in erster Linie den Frauen zugute und wäre eine echte Chance, Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Allerdings darf Teilzeitarbeit nicht als flexible Arbeitsmarktreserve verstanden werden. Das wäre Mißbrauch. Umfragen belegen, daß die Nachfrage nach Teilzeitarbeit viel größer ist als das Angebot.

So würde die Hälfte der berufstätigen Frauen, die derzeit in Vollzeitarbeitsplätzen beschäftigt sind, lieber halbtags arbeiten. Erfüllen wir nur 500 000 dieser Frauen ihren Wunsch, so stünden den Arbeitsplatzsuchenden etwa 500 000 Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung. Gegenwärtig werden ca. 8,6% des ohnehin knappen Arbeitsplatzangebotes für Teilzeitbeschäftigungen angeboten, so daß ich hier einen erheblichen Gestaltungsspielraum für mehr Flexibilität im Berufsleben sehe.

Hier helfend einzugreifen, wäre zweifach positiv

- **der Wunsch nach Arbeitszeitsouveränität kann erfüllt werden**
- **der Arbeitsmarkt wird tatsächlich entlastet.**

Erste positive Ansätze, Teilzeitarbeit „gesellschaftsfähig“, zu einer gleichberechtigten Arbeitsform zu machen, gibt es ja bereits. Jüngstes Beispiel: Die Tarifpartner in der Chemieindustrie haben einen „arbeitszeitpolitischen Sondertarifvertrag“ abgeschlossen, der Arbeitnehmern ab 58 Jahren (alternativ zum Vorruhestand) eine 20-Stunden-Woche anbietet (mit einem Lohnausgleich von 70% für die ausgefallene Arbeitszeit). Das bedeutet gleichzeitig einen humanen Übergang in den Ruhestand.

Solange „nur“ Frauen Teilzeitarbeit nachfragen, wird dieser Wunsch ja offensichtlich nicht ernst genommen.

Es ist deshalb an der Zeit, endlich konkrete Vorschläge zu machen, wie Teilzeitarbeit wirksam gefördert werden kann. Niedersachsen hat den Antrag gestellt: Für einen Zeitraum von 5 Jahren übernimmt der Staat teilweise oder ganz die Arbeitgeberverträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung, wenn Teilzeitarbeitsplätze eingerichtet werden.

Dabei geht es nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der angebotenen Teilzeitarbeit. Es kann und darf nicht unser Ziel sein, Frauen Teilzeitarbeit nur um den Preis zu ermöglichen, daß man ihre weniger attraktive und chancenärmere Stellung im Berufsleben zementiert. Es geht um Teilzeitarbeitsplätze, die qualifiziert sind, gleichberechtigt in der betrieblichen Organisation stehen und die auch mit Aufstiegschancen verbunden sind.

Viel mehr Phantasie und größere Anstrengungen müssen investiert werden, um durch flexible Lösungen in der Arbeitswelt und in der Familie „echte“ Wahlfreiheit zu eröffnen — ohne kräftezehrende Überanstrengungen und ohne gesellschaftliche Ächtung der Frauen.

Hoffnungen und Erwartungen in Hinsicht Flexibilisierung des Arbeitslebens verbinden sich gegenwärtig vor allem mit den **neuen Technologien**.

Eines sei von vornherein festgestellt: Technik ist weder gut noch böse — das gilt auch für die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Frauen im Berufsleben.

Es muß uns gelingen — und darin sehe ich eine wichtige Funktion dieses Parteitages —, den Frauen die Chancen, die in der

technischen Entwicklung liegen, bewußt zu machen, damit sie aktiv genutzt werden können. Im übrigen ist es Aufgabe des Staates und der Tarifpartner, die Rahmenbedingungen richtig zu setzen.

Das in diesem Zusammenhang umstrittenste Thema ist wohl augenblicklich die **„elektronische Heimarbeit“**. Umstritten wohl vor allem deshalb, weil wir bisher so gut wie keine praktische Erfahrungen damit sammeln konnten.

Telearbeit im Heim darf nicht nur aus ökonomischer und organisatorisch-betrieblicher Sicht gewürdigt werden. Auch soziale, gesellschafts- und familienpolitische Aspekte müssen dabei berücksichtigt werden, damit es nicht zu einer neuen Form von Isolation kommt.

Viel hängt davon ab, wie der Heimarbeitsplatz in die betriebliche Organisationsstruktur eingebunden ist, davon, ob die Beschäftigten als selbständige Heimarbeiter oder Arbeitnehmer einzustufen sind und davon, daß es gelänge, die Überwachung arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften zu gewährleisten.

Diese Frage, die sich weiterhin stellt, ist die: „Wird der Einsatz neuer Technologien das Arbeitsplatzrisiko der Frauen noch weiter erhöhen? Werden es vor allem Frauen sein, die im Zuge der technischen Entwicklungen ihre Arbeitsplätze verlieren?“

Diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen: So sind die von der Entwicklung der neuen Techniken **positiv** betroffenen Berufe zu 99% im traditionellen Verständnis Männerberufe, während die **negativ** betroffenen Berufe zu über 50% Frauentätigkeiten sind.

Der größte Nachteil der Frauen ist dabei ihre zu geringe oder zu einseitige **Qualifikation**. Bei der allgemeinen Schulbildung haben die Frauen zwar inzwischen gleich-

gezogen. Ein Erfolg, den man durchaus einmal als solchen in den Vordergrund stellen sollte. Bei der Berufsausbildung gibt es aber noch ein starkes Gefälle. Mädchen gelingt es oft trotz besserer all-gemeinbildender Schulabschlüsse nicht im gleichen Maße Ausbildungsplätze zu erhalten wie Jungen.

Die Chancen, die die neuen Techniken zweifellos auch bieten, Arbeitsplätze inter-essanter, produktiver und anspruchsvoller zu gestalten, können nur die Frauen wahr-nehmen, die bereit sind, sich weiterzubil-den und die der technischen Entwicklung aufgeschlossen gegenüberstehen. Wir müssen heute davon ausgehen, daß le-benslanges Lernen ein wichtiger Bestand-teil des Berufslebens sein wird.

Den Umgang mit neuer Technik haben die meisten Arbeitnehmer **während** und nicht vor ihrer Berufstätigkeit gelernt. Die erfor-derliche Qualifikation wird hauptsächlich im Beschäftigungssystem und nicht im Bildungssystem vermittelt. Das dürfte auch in Zukunft so sein, aber schon im schulischen Bereich muß die Hemm-schwelle gegenüber der Technik abge-baut werden.

Trotz steigender Tendenz sind erwerbstä-tige Frauen in Weiterbildungsmaßnahmen erheblich unterrepräsentiert. Personal- und Unternehmensleitungen gehen an-

scheinend in vielen Fällen davon aus, daß Frauen an Weiterbildungsmaßnahmen nicht interessiert sind, daß ihnen die tech-nische Begabung fehlt, daß sie der zusätz-lichen Belastung nicht gewachsen sind. Frauen müssen allerdings auch von sich aus stärker bereit sein, die Chancen auf Weiterbildung wahrzunehmen.

Die berufliche Fortbildung bleibt deshalb leider viel zu oft den Männern reserviert.

Insgesamt werden wir im Bereich der Fort- und Weiterbildung m. E. zu neuen Formen kommen. Ein völlig neues laufen-des Angebot, das natürlich nicht nur vom Staat ausgefüllt werden muß. Im Gegen-teil, hier bieten sich Chancen für private Einrichtungen. Hier gibt es aber auch ei-nen Auftrag für die Medien.

Zum Schluß. Dieser Parteitag hat sich eine aufregende Aufgabe gestellt, die besonders uns Frauen herausfordert. Wir werden diese Aufgabe nicht lösen, wenn wir ein „weibliches Godesberg“ anstreben. Nein, wir wollen zeit-gerechte Leitlinien, um die Gleichbe-rechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag bis zum Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen zu er-reichen. Schon die Diskussion um un-seren Leitantrag hat dazu einen we-sentlichen Beitrag geleistet.

■ FORUM 3:

Frauen in Politik und Gesellschaft

Einführungsreferat: Dr. Renate Hellwig, MdB

Unser Forum behandelt den 3. Teil der Leitsätze. Zu Beginn lassen Sie mich kurz ein paar allgemeine Feststellungen treffen. Es gibt leider immer noch viel zu wenig Frauen in der Politik. Es sind besonders wenig Frauen in Führungspositionen in Parteien, Parlamenten, Regierungen. Im vorpolitischen Raum, in den Verbänden, Vereinen, den Medien bei den Tarifpartnern sieht es nicht besser aus. Frauen bilden allenfalls einige wenige bunte Punkte im Einheitsgrau der Männerkleidung.

Die „Alibifrau“ als Kennzeichen mangelnder Gleichberechtigung in Politik und Gesellschaft hat dieses Jahrhundert bis jetzt geprägt. Wird sich das jetzt noch so kurz vor Schluß der ersten 20 Jahrhunderte christlicher Zeitrechnung ändern? Wahrscheinlich wird man im 21. Jahrhundert unser Jahrhundert belächeln. Man wird sagen, das war die Zeit, da haben Frauen zwar rechtlich den Zugang zur politischen Mitverantwortung erkämpft, aber praktisch ließen sie sich davon abdrängen mit dem falschen Argument, sie sollten sich statt dessen um die Kinder kümmern.

Gerade weil und wenn Frauen etwas für die Zukunft ihrer Kinder tun wollen, müssen sie sich immer stärker in die politische Diskussion einschalten. Und sie tun das auch. Es gibt jetzt schon viele Statistiken, die diese von uns persönlich erlebten Er-

fahrungen nachweisen. Um hier nur eine Zahl zu nennen: 1953 antworteten auf die Frage, ob sie sich über Politik unterhalten nur 23% der Frauen mit „Ja häufig bzw. gelegentlich“; 1979 sind es bereits 62%. Niemand erwartet, dieses „große, nachhaltig wirkende Ereignis“ — um mit Noelle-Neumann zu sprechen —, werde sich gleich in entsprechenden Prozentzahlen an Parteieintritten oder gar Parlamentssitzen und Regierungsämtern niederschlagen. Dennoch müssen bei der CDU rote Warnlichter aufblinken: Parallel mit dem wachsenden politischen Selbstbewußtsein der Frauen schmilzt der traditionell hohe CDU-Vorsprung bei den Frauenstimmen gegenüber den Männerstimmen von rund 10 Prozent von Wahl zu Wahl dahin und landet 1980 bei minus 0,5%.

Der für die CDU lebenswichtige Zustrom an jungen tüchtigen einsatzbereiten Frauen wird versiegen, wenn sie den nachwachsenden Frauengenerationen nicht besser zuhört.

Worum geht es dabei? Es geht darum, den Anspruch der Frauen auf politische Mitsprache in Taten, nicht nur in Worten einzulösen. Wir, die älteren Frauengenerationen, tragen vor der Geschichte eine große Verantwortung. Unsere Vorgängerinnen in der christlichen Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts haben ebenso wie liberale und sozialistische Frauen, verhöhnt und verspottet vom damaligen Zeitgeist, unbeirrt den Weg für

Frauen in die Schulen und Hochschulen, in die Verbände und Parlamente freige-kämpft.

Die tapferen Suffragetten waren die erste Vorhut, wir Parlamentarierinnen sind erst die zweite Vorhut. Unsere Aufgabe ist es, den noch schmalen Zugang für Frauen zur echten politischen Mitverantwortung zu verbreitern. Unsere Minderheit z.B. im Bundestag ist noch winzig: Nur 19 von insgesamt 255 Mitgliedern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie muß schon 1987 stattlicher werden. Sonst schafft die CDU ihr Ziel bis zum Jahre 2000 nicht: Die Gleichberechtigung wesentlich zu verwirklichen.

Ein Wort an die Delegierten sei mir hier erlaubt. Die CDU hat gestern bei den Vorstandswahlen mit einem Schlag den Frauenanteil von 10% auf 25% erhöht. Wenn das in dem Tempo weitergeht, schaffen wir's.

Wir Vorhutfrauen brauchen die Unterstützung der Frauen an der Basis. Je offener und unbekümmerter und immer unüberhörbarer für Parteiführungen sie diese erweiterte politische Mitwirkung einfordern, um so besser. Unerlässlich allerdings ist, daß unsere Parteiführungen auch die richtigen Antennen haben, diese Signale aufzunehmen. Der Parteitag beweist es: In der CDU sind diese Antennen derzeit auf Empfang eingestellt. Machen wir Frauen uns heute morgen an die Arbeit. Gehen wir „auf Sendung“.

Die drei Foren sind entsprechend den drei Schwerpunkten der Leitanträge aufgeteilt. Damit ist auch schon für unsere Diskussionen in etwa der Rahmen vorgegeben. Die heute abend vom Delegiertentag zu beratenden und zu verabschiedenden Leitsätze befassen sich im letzten Teil mit den Ziffern 31 bis 43 mit unserem Thema: Frauen in Politik und Gesellschaft.

Ich hoffe, daß die meisten von Ihnen die Leitsätze kennen und sich dick angestrichen haben, welchen Aussagen und Forderungen Sie begeistert zustimmen oder Sie ebenso voll Elan ablehnen oder ein drittes, wo Ihnen wichtige, am Herzen liegende Aussagen noch ergänzt werden müssen. Darum sollte es jetzt heute vormittag in unserer Diskussion gehen. Je enger wir uns dabei an den vorgegebenen Text und die bereits gestellten Änderungsanträge der CDU-Landes- und Kreisverbände und der Vereinigungen halten, um so nachhaltigere Wirkung wird unser Forum auf die endgültige Ausgestaltung der Leitsätze haben.

Ich erinnere mich noch zu gut, wie verwirrend für mich mein erster Parteitag war, deshalb erlauben Sie mir, unseren Gästen kurz das Verfahren zu erklären. Die Leitsätze sind ein CDU-Programmpapier, bis jetzt nur ein Entwurf der CDU-Führung. Dieser wurde vor vier Wochen an alle Kreis- und Landesverbände verschickt. Änderungsanträge kamen zurück. Heute abend wird das alles auf dem eigentlichen Delegiertentag hin und her diskutiert werden, abgestimmt werden, und dann hat die CDU ihr neues Frauenprogramm, das die Arbeit der Partei für die nächsten Jahre bestimmen wird. Wir hier im Forum können diesen Abstimmungsprozeß nicht ersetzen, aber die Delegierten sitzen mitunter unter uns und hören aufmerksam zu, was die Frauen zu diesen Leitsätzen meinen, um das bei ihrer eigenen Meinungsbildung zu berücksichtigen.

Ich möchte die Damen daher auch ausdrücklich darum bitten, dort wo sie zustimmen, dies hier deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Ich sehe meine Aufgabe darin, jetzt in einem kurzen Überblick die wichtigsten Punkte der Ziffern 31 bis 43 insbesondere

Forum 3

33. BUNDESPARTEITAG

dort herauszustellen, wo zahlreiche Änderungsanträge vorliegen und es daher heute abend zu Kampfabstimmungen kommen wird. Ich komme nun zu den verschiedenen Ziffern. Das gleich in Ziffer 31 ausgesprochene Lob an die Frauenbewegung von vor hundert Jahren und an die von heute ist nach Meinung der Jungen Union zu massiv ausgefallen. Die Junge Union möchte im Gegensatz zum Leit Antrag nicht feststellen, daß die Frauenbewegung die rechtliche und soziale Gleichstellung durchgesetzt hat, sondern nur sagen, die Frauenbewegung habe entsprechende Forderungen gestellt. Was ist nun ihre Meinung hier im Forum? Wollen wir das Verdienst der Frauenbewegung ungeschmälert aufrecht erhalten oder nicht? Dann wird in den Leitträgen festgestellt: „daher“ sei die Mitarbeit und Mitverantwortung der Frauen in Politik und Gesellschaft unverzichtbar. Das halte ich nun wieder nicht für richtig, denn meiner Meinung nach ist die Mitarbeit der Frauen auf jeden Fall unverzichtbar, auch wenn es die Frauenbewegung gar nicht gegeben hätte, das „daher“ sollte entsprechend einem ebenfalls gestellten Antrag fallen.

In der Ziffer 32 über die ehrenamtliche Tätigkeit ist noch umstritten, welcher Weg der richtige ist, um Frauen in wichtige Beratungs- und Entscheidungsgremien zu bekommen. Ist es wichtiger, Frauen besser weiterzubilden, damit sie die Eingangsvoraussetzungen für diese Gremien erfüllen, oder sind die Eingangsvoraussetzungen teilweise überzogen und müssen überprüft werden? Was ist Ihre Meinung dazu? Am besten, Sie nehmen von Ihrer persönlichen Erfahrung her Stellung.

In Ziffer 33 ist umstritten, ob Frauenverbände als **besonders** förderungswürdig eingestuft werden sollen. Dann können Sie diese begehrten, von der Steuer abzsetzbaren Spendenbescheinigungen aus-

stellen. Einige CDU-Kreisverbände sehen darin eine zu große Bevorzugung. Ich glaube, daß man diese Bevorzugung so lange befürworten kann, bis der Anteil der Frauen in den Entscheidungszentren in Regierung, Verwaltung, Gewerkschaftsspitzen und Betriebsleitungen sagen wir ca. 40 Prozent erreicht hat. Wie sehen Sie das? Die Junge Union fordert übrigens hier, die Männer müßten sich mehr für die Frauenverbände interessieren. Die Männer sollten einer ungewünschten Isolation der Frauenverbände entgegenwirken. Mir macht eher die Isolation der Männer Sorge, z. B. in den Spitzenfunktionärgremien des Sports, in den Aufsichtsräten und in den Gewerkschaftszentralen usw.

In Ziffer 35 erwarte ich allerdings heute Abend noch heftige Auseinandersetzungen. Immerhin drei Landesverbände, Baden-Württemberg, Hamburg und Rheinland-Pfalz, sind gegen die hier vorgeschlagene Änderung des innerparteilichen Verfahrens der Kandidatenaufstellung, z. B. für die Gemeinderäte, die Landtage und den Bundestag. Während bis heute meist Delegiertenkonferenzen, also ein Gremium von Auserwählten, den Parisapfel an den oder die Schönste verteilt und damit in sicheren Wahlkreisen praktisch über den Sitz im Landtag oder Bundestag entscheidet, sollen zukünftig alle Mitglieder sogar mit der Möglichkeit der Briefwahl mitreden dürfen. Ich bin gespannt, ob dieses Stück mehr Basisdemokratie in der eigenen Partei durchsetzbar ist. Übrigens sind die Frauen sehr mutig, dies zu fordern, denn keiner garantiert ihnen, ob sich das automatisch positiv auf weibliche Kandidaten auswirkt. Aber nach dem Motto, schlechter kann es nicht werden, wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen, halte ich diesen Vorstoß für sehr gut.

Übrigens erhoffen wir Frauen uns einiges von der regelmäßigen Parteitageberichterstattung des Generalsekretärs über die hoffentlich immer besse-

re Beteiligung der Frauen in der CDU und ich hoffe, daß der Zusatzantrag des westfälischen Landesverbandes heute abend eine Mehrheit findet, daß auch die Verbände der CDU auf Kreis- und Landesebene in die Pflicht genommen werden, den Anteil an Frauen in ihrem Bereich auf allen Ebenen zu steigern (Thema Quorum).

In Ziffer 36 fordern die Leitsätze, der Wähler müsse mehr Mitspracherecht erhalten, indem er bei Listenwahlen die Reihenfolge der Kandidaten verschieben kann. Dies ist auch noch sehr umstritten. Manche Antragsteller haben ihre Zweifel, ob dies den Frauen helfen wird. Wie denken Sie hier im Forum darüber? Die Untersuchungskommission des Bundestages zum Wahlrecht hat übrigens so ein begrenztes Listenwahlrecht für Bundestagswahlen empfohlen.

In Ziffer 37 und 38 geht es einmal darum, den Anteil der Frauen an Hochschullehrern zu erhöhen (hier ist das Mißverhältnis zwischen der gewachsenen Zahl an Studentinnen und der verschwindend geringen an Professorinnen noch besonders kraß) und zum anderen den Stellenwert der Frauenforschung auszubauen und zu sichern. Umstritten ist dabei noch, ob zugunsten von Frauen oder Männern, die sich eine Zeitlang ganz der Familie widmen, die **Fristen** und **Altersgrenzen** verlängert werden sollen oder nicht. Im Interesse einer glaubwürdigen Familienpolitik halte ich dies für unabdingbar. Was sagen Sie?

In Ziffer 39 wird gefordert, es müsse auch in Presse, Rundfunk und Fernsehen durch Frauenförderungspläne erreicht werden, daß mehr Frauen in die oberen Ränge vordringen. Außerdem wird die Berichterstattung über die Probleme der Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft als unzureichend bemängelt. Besonders pikant und lobenswert finde ich die Aufforderung an die neu zu gründenden **Privatsender**, hier

mit dem guten Beispiel voranzugehen. Leider wird gerade diese Aufforderung an die Privatsender heute abend noch umstritten sein.

Bei der in Ziffer 40 kritisierten Werbung ist noch innerhalb der Partei umstritten, ob nun die Werbung ein überholtes Bild von der Hausfrau als unselbständiges Wesen zeichnet, das zukünftig geändert werden sollte, oder ob wir keinen Grund haben, die Werbung in diesem Punkt zu kritisieren. Ihre Meinung ist für unsere Delegierten in diesem Punkt gewiß hilfreich.

Sicher für viele unerwartet, setzen sich die Leitsätze in Ziffer 41 und 42 sehr offen mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinander. Umstritten ist dabei noch die Forderung, die Frauen, die Opfer waren, sollten als Nebenkläger im Prozeß auftreten können. Auch dazu ist Ihre Meinung für uns wichtig. Ebenso stößt die Forderung, Frauenhäuser müßten zukünftig generell institutionell, also auf deutsch mit festen Zuschüssen an öffentlichen Geldern, gefördert werden, noch nicht auf die Zustimmung aller Gliederungen unserer Partei.

In der letzten Ziffer 43 fordern die Leitsätze eine Institution zu schaffen, in der alles, was Rang und Namen hat in unserer Republik, vertreten ist und die einmal im Jahr berichtet, ob und wie die Gleichberechtigung praktisch vorangekommen ist.

Nach Meinung der Frauenvereinigung und des Mittelstandes ist das Wort „Institution“ zu vage. Wir beantragen, daß es „Gleichberechtigungsförderung“ heißen soll. Wir halten die Arbeit dieses Forums für wirkungsvoller als ein Antidiskriminierungsgesetz, das dann keiner in die Praxis umsetzt.

Sie, meine Damen, können nun in diesem Forum jetzt helfen, unsere Delegierten davon zu überzeugen, wie wichtig auch für die CDU ein solches Forum ist, um ihr Ziel 2000 zu erreichen.

■ FORUMSDISKUSSION IM PLENUM

Die Gleichberechtigung der Frau muß auch im Alltag verwirklicht werden

Einführungsreferat: Dr. Helga Wex, MdB

Ich begrüße Sie zu der Forumsdiskussion, stellvertretend für alle Frauen die 500 Frauen aus allen Teilen unseres Landes, aus den verschiedensten Bereichen, die jüngeren und älteren, die Hausfrauen, die Rentnerinnen und die berufstätigen Frauen. Wir wollen jetzt fortsetzen, was heute vormittag in den Foren begonnen hat: unsere Leitsätze im Spiegel Ihres Urteils zu sehen.

Diese Forumsdiskussion ist — wie der gesamte Tag — Zeichen der Entschlossenheit der CDU, ihren Charakter als Volkspartei darzustellen und auszubauen. Diesen Anspruch erfüllen wir auch heute, indem wir Fragen und Probleme aufzeigen, auf die Frauen und Männer eine Antwort erwarten.

Wir wollen als Partei glaubwürdig bleiben. Darum bieten wir auch keine Patentrezepte an, sondern machen ein Angebot an die Menschen. Wir schwimmen nicht im gesellschaftlichen Wandel richtungslos mit, sondern wir gestalten den gesellschaftlichen Wandel:

Heute in der Diskussion mit unseren Gästen, morgen mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Unsere Argumente an den ihren zu messen, das ist die Offenheit, die wir wollen und die wir brauchen.

Wir haben mit diesen Leitsätzen unsere politische Vorgabe gemacht — wir erklären uns zum Adressaten für Zustimmung, Kritik und Veränderungen.

Die Diskussion dieses Themas und die politischen Konsequenzen, die daraus folgen, sind keine vordergründige Überbetonung von Gruppeninteressen der Frauen —, wie es gestern eine große Zeitung vermutete, die in diesem Zusammenhang von Ständestaat sprach —, sondern wir setzen uns mit Themen und Problemen auseinander, vor denen die Mehrheit der Bürger jeden Tag steht. Unser Vorschlag, flexiblere Arbeitszeiten einzuführen, eröffnet nicht allein Frauen neue Chancen, sondern ist ein Beitrag zur aktuellen Arbeitsmarktsituation und kommt allen Bürgern zugute. Wir wollen nicht den Ständestaat, sondern einen gerechten Staat. Mit diesen Leitsätzen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Weiterentwicklung und Stabilisierung unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Die Diskussionen im Vorfeld des Parteitagges konnten dieses gemeinsame Ziel nicht immer deutlich machen. So hatte man bei manchen Beiträgen den Eindruck, die CDU habe sich da ein Thema aufgehalst, über das es eigentlich nur Streit geben könne.

Die CDU verfolge ein Programm —, hieß es da — das selbst die Sozialisten nicht besser schreiben könnten, die Partei laufe den Feministinnen nach, die Partei wolle nun alle Frauen in die Büros und Fabriken bringen, weil nur so Gleichberechtigung möglich sei, und die Partei schreibe die Mutter ab.

Die Antwort ist: Die CDU schreibt nichts vor und sie schreibt niemanden ab, sondern sie eröffnet neue Chancen für ein gerechteres Miteinander.

Daß bei einem Thema, das jeden einzelnen in seinem persönlichen Leben wie kein anderes berührt, die Wogen überschwappen, ist kein Wunder. Aber die CDU hat die Kraft, schwierige Themen, verschiedene Sichtweisen und Vorstellungen aufzunehmen und in eine gemeinsame Politik umzusetzen. — Sie ist eben die große Volkspartei, die ihre Kraft aus der leidenschaftlichen Diskussion und aus der Zusammenführung unterschiedlicher Interessen erhält. Keine andere Partei könnte dieses Thema diskutieren, ohne sich in alle Flügel auseinander zu emanzipieren.

Wie jeder große Entwurf, so waren auch die Leitsätze anfänglich nicht vor Irrtümern gefeit:

Irrtum Nr. 1: Die CDU entwerfe ein neues Bild der Frau und werfe bislang bewährte Grundsätze über Bord. Die Wahrheit ist: Das Berliner Programm 1969, die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages 1978, das Grundsatzprogramm der CDU 1978, die Stuttgarter Leitsätze 1984, sie alle enthalten wichtige, in der Kontinuität unserer politischen Arbeit stehende Aussagen zur Partnerschaft. Der Grundsatz, nämlich das Prinzip der Wahlfreiheit, ist in allen Beschlüssen enthalten. Allerdings, die Zeit ist weitergegangen. Auf neue Fragen müssen neue Antworten gefunden werden.

Wenn etwa binnen weniger Jahre der Anteil der verheirateten Frauen an den Erwerbstätigen sich verdoppelt, der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sich gar verdreifacht, dann muß eine Partei darauf eine Antwort geben, sie kann

dann nicht so tun, als gäbe es diese Entwicklung nicht.

Irrtum Nr. 2: In der CDU spiele sich ein Kampf ab: die Männer gegen die Frauen, die Realisten gegen die Utopisten, die Marktwirtschaftler gegen die Sozialpolitiker. Die Wahrheit ist: Einen Kampf gibt es bestenfalls zwischen einer guten und einer noch besseren Politik.

In dem Bericht des Club of Rome für die achtziger Jahre „Das menschliche Dilemma“ steht der aufrüttelnde Satz:

„Ein Aspekt, den man noch eingehender erforschen müßte, wäre der, daß eine Mutter, die Jahre damit verbracht hat, ihre Kinder zu versorgen und zu erziehen, aus Sorge um die Zukunft eben dieser Kinder stärker langfristige Konsequenzen bedenken würde als die Männer, die aufgrund ihrer andersartigen Lebenserfahrungen möglicherweise weniger zukunftsbewußt denken.“

An diesem Satz wird deutlich, worum es in dieser Diskussion letztlich geht: Die Frauen sollen nicht so werden wie die Männer und die Männer nicht so wie die Frauen. Es geht darum, die männlichen und weiblichen Eigenschaften zu einer neuen Qualität von Menschlichkeit zu verbinden.

Nicht der überholte Kampf der Geschlechter, sondern mehr Partnerschaft ist unser Ziel. Helmut Kohl hat gestern davon gesprochen, in Partei und Bundesregierung müßten mehr Frauen an verantwortlichen Stellen mitarbeiten. Ich bin sicher, eine Politik — in guter Partnerschaft zwischen Männern und Frauen formuliert — wäre weniger einseitig, gerechter und oft menschlicher.

Frauen dürfen nicht länger in unserer Gesellschaft die einzige Mehrheit sein, die wie eine Minderheit behandelt wird. Wir werden die Talente und

Begabungen vieler Frauen nutzen und sie nicht brachliegen lassen.

Eine große Zeitung hat es gestern auf eine einfache Formel gebracht: „Sie (die Frauen) sehen viele Dinge mit mehr Mitgefühl, Leidenschaft, oft auch viel einfacher. Das nützt einer Welt, die jeden Tag komplizierter wird.“

Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu einer Frage nach der politischen Kultur in unserem Lande.

Es hat seine Gründe, wenn immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Ansicht vertreten, Frauen hätten in unserer Gesellschaft weniger Chancen — obwohl in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte in der Gleichberechtigung gemacht worden sind. Hier wird ein Verlust in die richtungweisende Kraft von Grundwerten deutlich, die unser gesellschaftliches Zusammenleben prägen soll.

Von der Enttäuschung bis hin zu rot-grünen Träumereien ist für viele nur ein kleiner Schritt.

Eine solche Entwicklung darf uns nicht ruhen lassen, vielmehr gebietet uns unsere demokratische Aufgabe, daß wir den Rückzug in Verweigerung und Isolation stoppen. Dem Auftrag des Grundgesetzes nachzukommen dient unsere Politik. Aber — das will der heutige Tag zum Ausdruck bringen — das Grundgesetz kann nur verwirklicht werden, wenn jede Frau und jeder Mann, wenn alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte zusammenwirken. Es ist unser aller Pflicht, das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen. Darum schlagen wir auch die Bildung eines Gleichberechtigungsforums vor, in dem alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte eine gemeinsame Anstrengung unternehmen sollen.

Die Christlich Demokratische Union beginnt heute ein neues Kapitel in der

Gleichberechtigungspolitik. An den Anfang dieses neuen Kapitels setzen wir das Gespräch mit den Betroffenen: Mit Ihnen, den 500 Frauen aus allen Teilen unseres Landes, mit den jüngeren, die noch zur Schule gehen oder sich in einer Ausbildung befinden, den jungen Müttern, die wegen ihres Kindes sich bewußt auf die Familie konzentrieren, den jungen Müttern, die meist unter Schwierigkeiten versuchen, die Arbeit in der Familie und ihren Beruf zu verbinden, den Frauen, die, nachdem die Kinder weitgehend selbständig sind, wieder Anschluß an ihren alten Beruf suchen und den älteren Frauen, die nach den Sozialstatistiken in unserem Lande zu den besonders Benachteiligten gehören.

Die frühere Politik ist gescheitert, weil sie versucht hat, den Menschen ihren Lebensweg vorzuzeichnen, sie auf bestimmte Rollen festzulegen.

Die Frauen ein Leben lang auf die Aufgaben in der Familie und den Mann auf die Berufstätigkeit beschränken zu wollen war ideologische Verblendung, und es war reine Ideologie, die Selbstverwirklichung der Frau einseitig mit einer beruflichen Tätigkeit verbinden zu wollen und es war ganz gewiß Verblendung, den Frauen einreden zu wollen, allein der Kampf gegen den Mann bringe den Frauen die Freiheit. Jede Einseitigkeit endet zwangsläufig in Sackgassen. Diese Ratschläge waren wohlfeil: denn an der sozialen Wirklichkeit verbessern sie nichts. Solche Glaubenskämpfe gingen zu Lasten der Frauen.

Wir verzichten in unseren Leitsätzen bewußt darauf, Frauen oder Männer auf bestimmte Lebensentwürfe festzulegen. Beide, Mann und Frau, sollen ihren Weg frei wählen können. Die Unterschiedlichkeit

33. BUNDESPARTEITAG

Diskussion im Plenum

von Mann und Frau wird durch die gleichen Chancen, die sie erhalten, nicht verwischt. Im Gegenteil: Je freier jemand die Chancen nutzen kann, um sein Leben zu gestalten, desto weniger ist er gezwungen, sich in seinem Wesen zu verändern, desto weniger wird er austauschbar.

Eine Partei hat nicht das Recht zu bestimmen, welche Konsequenzen sich zwingend aus der Unterschiedlichkeit zwischen Mann und Frau für das tägliche Leben ergeben.

Die Fraulichkeit ist nicht auf zu Hause beschränkt und die Männlichkeit nicht auf draußen.

Die CDU betreibt eine gute Politik

■ Wenn sich die Frau ohne schlechtes Gewissen — weil nun das zweite Einkommen fehlt — ausschließlich für die Erziehung ihrer Kinder entscheiden kann,

■ wenn die Frau, im Interesse ihres Kindes, für ein Jahr einen Erziehungsurlaub antreten kann, ohne befürchten zu müssen, danach keinen Arbeitsplatz mehr zu finden,

■ wenn sich der Mann entscheiden kann, sich vorrangig der Erziehung der Kinder zu widmen,

■ wenn es für Männer und Frauen möglich wird, Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung so einzuteilen, daß sie diese Aufgaben in freier Entscheidung erfüllen,

■ wenn Männer und Frauen partnerschaftlich in Führungspositionen vertreten sind.

Die Leitsätze beschreiben eine „neue“ Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Was ist das „Neue“?

1. Durch unsere Vorschläge werden den Männern größere Chancen gegeben, ihre

Aufgaben als Väter zu erfüllen. Das Kind hat nicht nur ein Recht auf seine Mutter, es hat auch ein Recht auf seinen Vater.

2. Durch unsere Vorschläge wird die Diskriminierung der Frauen beendet, die sich für die Familie, für die Pflichten einer Hausfrau entscheiden. Die Hausfrauen dürfen nicht länger die Lastesel der Nation bleiben. Der Graben, der sich bei der sozialen Sicherheit zwischen den Hausfrauen und den berufstätigen Frauen in den letzten Jahrzehnten aufgetan hat, muß zugeschüttet werden. Frauen, die in der Familie und für die Familie arbeiten, wollen nicht unser Mitleid oder eine Anerkennung zum Nulltarif, sondern gesellschaftspolitische Gerechtigkeit.

3. Durch unsere Vorschläge werden die Welt der Familie und die Welt der Arbeit wieder miteinander versöhnt. Es ist nicht naturgegeben, wenn Familie und Beruf als Gegensätze begriffen werden. Wir wollen erreichen, daß sie in Zukunft als Ergänzungen verstanden werden.

Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit, nicht nur eine Tätigkeit gegen Entgelt ist Arbeit und schafft volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Frau, die im Rahmen ihrer Familie die alte Mutter oder den alten Vater pflegt und sie nicht in ein Heim gibt, leistet eine wichtige Arbeit und trägt zum Bruttosozialprodukt bei, auch wenn bislang die Statistiken hiervon keine Notiz nehmen.

Mit diesen Leitsätzen beginnt eine neue Qualität unserer Gleichberechtigungspolitik. Die Regierungspartei CDU und die Volkspartei CDU hat den Mut zu sagen, wir wollen bis zum Ende dieses Jahrhunderts die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau im wesentlichen verwirklichen. Wir gehen da einen anderen Weg als die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten meldeten sich als Regierungspartei

aus der Diskussion ab, die CDU meldet sich an. Sie wird zum Motor für eine neue Partnerschaft und damit für mehr Gerechtigkeit.

Wir setzen uns ein ehrgeiziges Ziel. Aber dieses Ziel ist erreichbar. Wir brauchen Phantasie und Leidenschaft. Dieser Parteitag ist ein Beweis: Wir haben diese Phantasie, diese Leidenschaft und auch den notwendigen Mut.

Das fordern wir aber auch von anderen ein. Wir sagen es offen: Die Politik allein kann Gleichberechtigung nicht durchsetzen. Jeder muß seinen Teil dazu beitragen; jeder Bürger und die großen Organisationen unseres Landes, die Parteien, die Arbeitgeberorganisationen und die Gewerkschaften, aber auch die Rundfunkanstalten, die sich der Partnerschaft zwischen Mann und Frau in ihren Führungspositionen auf eine erstaunlich hartnäckige Art und Weise verweigert haben.

Arbeitgeber und Gewerkschaften nehmen ihre Aufgabe in unserer Gesellschaft so lange nicht ernst genug, so lange sie nicht auch Fragen der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in ihre jährlichen Verhandlungspakete einbeziehen. Wir fordern die Tarifparteien auf, Arbeitszeitverkürzungen insbesondere solchen Beschäftigten anzubieten, die kleine Kinder zu versorgen haben.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Auch die Wirtschaft muß ein Interesse daran haben, daß junge Frauen als Arbeitnehmerinnen sich den Wunsch nach Kindern erfüllen können. Wenn sie in diesen Frauen ein Hindernis im Arbeitsleben sieht, dann ist abzusehen, daß immer weniger Frauen sich für ein Kind entschei-

den werden. Vor allem an dieser Nahtstelle entscheidet sich die Frage, wie menschlich oder unmenschlich eine Gesellschaft ist und welche Zukunftshoffnungen sie den Menschen gibt.

Ich möchte diesen Parteitag einmal auf eine ganz kurze Formel bringen:

Der Ernstfall, von Gleichberechtigung nicht nur zu reden, sondern sie durchzusetzen, ist da. Die CDU stellt sich dieser Herausforderung. Es ist immer ein Ernstfall, wenn sich eine Partei zu bewähren hat. Wir als Christlich Demokratische Union stellen uns auf den Prüfstand, denn jede Frau und jeder Mann wird in Zukunft anhand dieser Leitsätze leicht entscheiden können, wie weit wir gekommen sind.

Von diesem Parteitag soll eine Offensive für die Frauen, für mehr Partnerschaft, in unserem Lande ausgehen. In einer Zeit festgefahrener Strukturen sind es die Frauen, die in unserer Gesellschaft noch etwas bewegen können.

Hinweis:

Das Protokoll des 33. Bundesparteitages in Essen vom 20. bis 22. März 1985 kann ab sofort beim IS-Versandzentrum bestellt werden.

Mindestabnahme: 1 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM

Bestell-Nr.: 3636

■ BERICHT FORUM 1:

Der Staat darf nicht in Ehe und Familie hineinregieren

Berichterstatterin: Ingrid Roitzsch, MdB

Die Diskussion im Forum 1 zum Thema Frau in Beruf und Familie — übrigens auch unter aktiver Beteiligung der Männer — hat bewiesen, daß der Bundesvorstand der CDU mit seinem Leittrag die wichtigsten gesellschaftspolitischen Fragen — insbesondere die Frauen betreffend — aufgeworfen hat und Lösungen anbietet, die eine breite Zustimmung bei allen Interessenvertreterinnen und Repräsentantinnen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen erfahren hat.

Die Diskussionsbeiträge haben deutlich gemacht, daß der Staat nicht in Ehe und Familie hineinregieren darf. Vielmehr soll der Staat lediglich die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß Mann und Frau eigenverantwortlich ihre Lebensform bestimmen können. Es wurde betont, daß es den Frauen überlassen bleiben muß, ob sie sich auf Dauer oder vorübergehend ausschließlich auf die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter beschränken wollen. Hier wurde gebeten, das Wort Hausarbeit durch den Begriff Haushaltsführung aufzuwerten. Einigkeit besteht darüber, daß die Frau in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter die gleiche gesellschaftliche Anerkennung und soziale Unterstützung des Staates erfahren muß wie die Frau in Beruf und Familie.

„Man kann nicht auf Probe sterben, man

kann nicht auf Probe leben, man kann nicht auf Probe lieben.“ Mit diesem Zitat des Papstes wurde ein klares Bekenntnis zur Institution Ehe als der besten Form der partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau sowohl von jungen Mädchen als auch den Frauen abgelegt. Partnerschaft in der Ehe ist danach auf Dauer durch keine nichteheliche Gemeinschaft zu ersetzen. Dennoch wurde gefordert, diese Form des Zusammenlebens zu tolerieren. Als gesetzliche Diskriminierung der Ehe wurde die Tatsache gewertet, daß ein Partner bei Eheschließung die Zuwendungen aus dem BAFÖG verliert, sofern vorher beide BAFÖG bezogen haben. Ebenso wurde die noch bestehende Ungerechtigkeit in der Besteuerung beklagt, wonach kinderlose Ehepaare finanziell besser als Eltern mit Kindern gestellt sind. Dem trägt bekanntlich die CDU mit ihrer familienfreundlichen Steuerreform ab 1986 Rechnung.

Die bereits im Grundsatzprogramm der CDU verankerte Wahlfreiheit von Frau und Mann zwischen Familie und Beruf — so hat die Diskussion ergeben — erfordert eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Viele Frauen sehen heute ihre Aufgabe als Hausfrau und Mutter nur als eine zeitlich begrenzte an. Deshalb kommt der qualifizierten Berufsausbildung junger Mädchen und der Forderung nach gleitenden Hilfen zu Wiedereingliederung in das

Berufsleben besondere Bedeutung zu. Auch heute noch müssen viele Frauen arbeiten, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Mehrere Diskussionsteilnehmerinnen haben darüber hinaus überzeugend dargestellt, daß sie aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen und ihrer Freude am Beruf auch während der Phase der Kindererziehung nicht aus dem Berufsleben ausgeschieden sind.

„Die Frage der Kinderbetreuung und Erziehung ist keine Frage der Quantität sondern der Qualität. Das Kind braucht ebenso die Zuwendung des Vaters wie die der Mutter.“ Deshalb ist die Flexibilisierung der Arbeitszeiten nicht nur ein Problem für Frauen, sondern ebenso für die Männer. Besonders erschwert wird die Berufstätigkeit der Soldatenehefrauen, da diese aufgrund der erforderlichen Mobilität ihrer Ehemänner durchschnittlich alle zwei bis fünf Jahre den Wohnort und somit auch den Arbeitsplatz wechseln müssen. Die „Soldatenfrauen“ legten ein eindeutiges Bekenntnis zur Bundeswehr ab und dankten den Politikern, daß ihre Ehemänner und Söhne seit Bestehen der Bundeswehr vom Kriegseinsatz verschont geblieben sind.

Darüber hinaus wurde gefordert, daß die Alleinerziehenden, von denen 84 Prozent Frauen sind, nicht diskriminiert werden und mehr gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung erhalten.

Einmütig wird das von der CDU beschlossene Erziehungsgeld als wichtige familienpolitische Maßnahme begrüßt, allerdings sollte dies auch auf alle Adoptiveltern ausgedehnt werden. Beklagt wird, daß Ehepaaren, von denen ein Teil behindert ist, bisher die Adoption eines Kindes verweigert wurde.

Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau und die Wahlfreiheit zwischen Haushaltsführung und Kindererziehung einerseits sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist allein eine Entscheidung, die zwischen den Ehepartnern getroffen und gelebt werden muß. Der Leitanspruch der CDU gibt hiermit den entscheidenden Anstoß zu einer Bewußtseinsänderung, die nicht gesetzlich verordnet werden kann und darf. Die materiellen Rahmenbedingungen wird die Christlich Demokratische Union in ihrer Regierungsverantwortung Schritt für Schritt schaffen.

■ BERICHT FORUM 2:

Möglichkeiten der Teilzeitarbeit werden noch viel zu wenig genutzt

Berichterstatterin: Senatorin Dr. Hanna-Renate Laurien, MdA

Im Forum 2 „Frauen im Berufsleben“ setzte Frau Minister Breuel folgende Schwerpunkte: Beim gemeinsamen Ziel, Frauen die Verbindung von Beruf und Familie zu ermöglichen, stehen gesetzliche Schutzbestimmungen gegen das Konzept der Freiwilligkeit und müssen sich an der Wirkung auf den Arbeitsmarkt und die Berufschancen der Frauen messen lassen. Kernfrage ist: Wo wird aus Schutz Last? Weiterhin wurden Fragen der Teilzeitarbeit in Wirtschaft und öffentlichem Dienst hervorgehoben. Schließlich wurden Fragen der neuen Technologien als Schwerpunktthema gesehen. Leitgedanke ist dabei die Notwendigkeit weitergehender Qualifikationen.

Die Diskussion griff vor allem die Frage nach der Funktion gesetzlicher Schutzbestimmungen auf, wobei die Arbeitsplatzgarantie, aber genauso auch die Beschäftigungsgarantie, aus mittelständischer Sicht kritisiert wurde. Die Belastungsgrenze der Betriebe sei erreicht, und was als Schutz für die Frau gemeint sei, müsse sich als Einstellungsbarriere erweisen.

Auf freiwilliger Basis wurden Wiedereinstellungskonzepte nachdrücklich bejaht. Nur wenn sie versagen, käme nach Meinung einiger ein Prämiensystem in Frage, das diese Arbeitsmarktentscheidungen stützen sollte. Mehrfach wurde gefordert,

die bereits heute im mittelständischen Betrieb verwirklichte Partnerschaft positiv darzustellen, aber auch die Kostenbelastungen, die für diese Betriebe durch Frauenbeschäftigung entstehen, nicht von den Betrieben allein tragen zu lassen. Dem wurde entgegengesetzt, daß es sich auch ökonomisch lohne, Männer und Frauen gleichrangig zu beschäftigen.

Mit Nachdruck wurde von der Arbeitskreisleitung verdeutlicht, daß am jetzigen Besitzstand, der nämlich der Frau nach dem Mutterschutzurlaub im Mutterschaftsurlaub einen vollkommenen Kündigungsschutz sichert, nichts geändert werden soll. Für die zwei bzw. vier Monate Erweiterung zum Erziehungsurlaub soll die Beschäftigungsgarantie gelten, auf die sich die Diskussion konzentriert hat. Aus mehreren Wortmeldungen wurde deutlich, daß eine Klärung gefordert wird, ob mit der Veränderung von Mutterschaftsurlaub zum Erziehungsurlaub auch für die ersten 6 Monate eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes beabsichtigt sei.

Ich möchte mit Nachdruck als Berichterstatter betonen, daß die Besitzstandswahrung in dieser Zeit gilt.

Bei der Erörterung der Teilzeitarbeit gab es bei der Vielfalt der Modelle Übereinstimmung, daß hier nur flexible Modelle weiterhelfen und daß die mögliche Flexibilität nur unzureichend genutzt wird. Auf keinen Fall darf Teilzeitarbeit bedeuten,

■ BERICHT FORUM 3:

Bei der praktischen Umsetzung wohlgemeinter Texte gibt es Mängel

Berichterstatterin: Christa Thoben, MdL

In der Aussprache wurde überdeutlich, daß nach Meinung der Anwesenden die Partei über eine ausreichende Anzahl von Beschlüssen zum Thema „Frau in Politik und Gesellschaft“ verfügt. Erhebliche Mängel wurden allerdings bei der praktischen Umsetzung dieser wohlgemeinten Texte festgestellt. Drei Aspekte standen im Vordergrund:

■ Bei der Kandidatenaufstellung bietet die Urwahl, d. h. die Beteiligung aller Parteimitglieder, für Frauen eine größere

Chance als das bisher weitgehend übliche Verfahren über Delegiertentage.

■ Eine Wahlrechtsänderung wird für erforderlich gehalten, die eine Kumulierung der Stimmen und damit einen stärkeren Einfluß auf die Reihenfolge der Kandidaten gewährleistet. (Dies böte auch eine Chance, die von vielen behauptete verfestigte Machtstruktur innerhalb unserer Partei aufzulockern.)

■ Für unverzichtbar wird die in den Leitsätzen vorgeschlagene Berichtspflicht auf sämtlichen Ebenen der Partei gehalten.

(Fortsetzung von Seite 37)

daß die Frauen mobile Arbeitsmarktreserve sind. Der öffentliche Dienst wird auf seine Vorreiterrolle hin gefordert.

Lebenslange Teilzeitarbeit für Beamte und Aufstiegschancen für Teilzeitbeamte sind immer noch offene Positionen.

Große Bedeutung hatte in der Diskussion auch das Konzept der neuen Technologien. Wenn Arbeitsplätze durch Computer ersetzt werden, kann der bisherige Arbeitsplatzinhaber seine Berufschance wahren, ja verbessern, wenn er oder sie zur beruflichen Weiterbildung bereit ist. Die schulische Bildung muß eine Grundlage in Informatik setzen. Die berufliche Bildung muß Frauen aus dem hemmenden Geschlechtsklischee befreien. Weiterbil-

dung während der Berufstätigkeit muß diese Chance sichern.

Mit Nachdruck wurden die Verbesserungen des Arbeitsförderungsgesetzes und anderer geeigneter Maßnahmen verlangt, die den Frauen, die sich befristet der Familie ganz zugewandt haben, vollwertige Wiedereingliederung in den Beruf ermöglichen.

Der Abbau hemmender Maßnahmen wurde an einem vergnügten Beispiel gefordert. Der Bäckerlehrling darf jetzt wieder morgens um 4 Uhr die Brötchen backen. Die Frau, die die Ausbildung abgeschlossen hat, unterliegt dem Nachtarbeitsverbot. Das kann sie nur aufheben, wenn sie den Bäckermeister heiratet und mithilfe der Familienangehörige ist. Partnerschaft verlangt Phantasie.

Man verspricht sich davon einen zusätzlichen Druck auf die innerparteilichen Personalentscheidungen.

In diesem Zusammenhang ist auch gefordert worden, Parteiveranstaltungen familienfreundlicher zu organisieren. So wurde der Kinderhort auf dem Bundesparteitag zwar begrüßt, doch es wurde bedauert, daß den Teilnehmern des Parteitags seine Existenz nicht frühzeitig genug bekanntgemacht worden ist. Es wurde empfohlen, auf diesem Parteitag generell die Anregung zu beschließen, bei größeren Parteiveranstaltungen derartige Betreuungsstellen vorzusehen.

Parallel zur Berichtspflicht innerhalb der Parteiorganisation wurde die Bedeutung der Ziffer 43 (Gleichberechtigungsforum) unterstrichen, in der bundesweit über den Fortgang bei der Verwirklichung von Wahlfreiheit und Gleichberechtigung beraten wird. Besondere Anstrengungen sind nach Meinung der Forumsteilnehmer bei der Eingliederung und Beteiligung von behinderten Frauen notwendig.

Sehr selbstbewußt und engagiert trugen insbesondere jüngere Frauen ihre Erlebnisse und Erfahrungen vor. Dabei wurde deutlich, daß für sie eine Mitarbeit in den Ortsverbänden der Partei zunehmend als normal und selbstverständlich angesehen wird. Keine der Diskussionsteilnehmerinnen klagte übrigens darüber, daß sie innerparteilich an der Arbeit gehindert wird. Zahlreiche Bedenken und schlechte Erfahrungen wurden aber vorgetragen, sobald es um die Frage der Verteilung der Mandate geht. Dann führe nur allzu häufig die Mehrheit der Männer dazu, daß der männliche Kandidat Vorzug hätte.

Mehrere Wortmeldungen forderten engagiert, aus der Ziffer 35 den durch die Antragskommission eingebrachten Einschub

„qualifizierte Frauen“ wieder zu streichen. Sie vermuten dahinter ein bequemes Vehikel, um sich im konkreten Fall gegen eine Frau entscheiden zu können, denn vergleichbare Anforderungen würde man an Männer nicht stellen.

Eine sehr junge, engagierte Diskussions- teilnehmerin störte sich ganz besonders an dem Begriff „qualifizierte Frauen“ und daran, daß eine andere Teilnehmerin es als ganz normal ansah, daß man zu einem Mann aufsieht. Sie gab zwar zu, daß das wegen ihrer Körpergröße wahrscheinlich für sie häufig zutreffen würde, unterstrich aber, daß sie in bezug auf die Qualifizierung einen Hocker (Schemel) bei sich hätte.

Stand in der Diskussion die Beteiligung der Frau an der Politik im Vordergrund, so nahmen zahlreiche Wortmeldungen auch auf den ehrenamtlichen, vopolitischen Raum und die vielfältigen Teilnahmemöglichkeiten und Teilnahmeerfordernisse von Frauen Stellung. Frauen wurden ermutigt, sich noch selbstverständlicher und verstärkter als bisher in all diesen sehr wichtigen Bereichen zu engagieren und sich dort die Erfahrungen und die Erkenntnisse zu holen, die für eine gestaltende Aufgabe der Politik unverzichtbar seien. Sehr kritisch wurde allerdings vorgetragen, daß das Auffordern zu ehrenamtlichem Engagement der Frauen sehr häufig darüber hinwegtäuschen soll, daß im Sozialbereich vorgenommene Kürzungen von Stellen vor allem zu Lasten der Frauen gehen.

Die im Leitantrag gemachten Aussagen zur Forschung und Lehre und dort insbesondere zur Beteiligung der Frauen bei der Besetzung von Hochschullehrstühlen wurde als wichtig und bedeutsam unterstrichen. Auch der Ausbau der Frauenforschung wird für wichtig und unverzichtbar

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

gehalten. Die Fördermaßnahmen scheinen besonders deshalb geboten, weil trotz erheblicher Beteiligung von Frauen an einzelnen Studiengängen ihre Beteiligung an höheren Positionen verschwindend gering ist.

Die Aussagen im Leit Antrag unter der Überschrift „Gewalt gegen Frauen“ wurde weitgehend positiv aufgenommen. Das gilt sowohl für die geforderte Möglichkeit des Opfers von Gewalttaten, als Nebenkläger aufzutreten, als auch für die Änderung der Strafprozeßordnung, die einen Ausschluß der Öffentlichkeit ermöglichen soll. Die institutionelle Förderung der Frauenhäuser ist notwendig. Unterstrichen wurde, daß Frauenhäuser nicht isoliert betrieben werden, sondern die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen suchen und ermöglichen sollten.

Zum Kapitel „Frauen in den Medien und in der Werbung“ gab es einige besonders engagierte Wortmeldungen. Zwar reagiert ein Teil der Öffentlichkeit immer noch eher belustigt, wenn dieses Thema angesprochen wird, insbesondere wenn Begriffe

wie „die Frau als Lust- und Sexualobjekt in der Werbung“ verwendet werden. Diskussionsteilnehmerinnen unterstrichen jedoch nachdrücklich, daß in den Medien auch für Frauen nicht die Schönheit der jeweiligen Sprecherin bzw. Darstellerin ausschlaggebend sein sollte, sondern ihre Persönlichkeit.

Diese Forderung ist allerdings nicht ganz unumstritten. Denn es geht das Gerücht, daß es für Frauen trotz allem wichtiger ist, schön statt klug zu sein, weil Männer besser sehen als denken können.

Leider ist dieses vermeintliche Vorurteil durch ein aktuelles Ereignis nicht entkräftet worden. So soll die Nachrichtensprecherin Ruth Speer vom ZDF ihren Arbeitsplatz räumen, weil sie mit 49 Jahren zu alt sei.

Die Teilnehmer am Forum 3 waren einstimmig der Meinung, daß Frau Ruth Speer dasselbe Recht zustehen muß, wie es z. B. für Werner Höfer selbstverständlich ist. Eine entsprechende Presseerklärung dazu wird gerade vorbereitet.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID